

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich Nachmittags für den folgenden Tag.

Preis für das Vierteljahr 1½ Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Dauerstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit!»

Diesseit und jenseit des Kanals.

— Leipzig, 19. Febr. Einen stärkeren Contrast kann es wol kaum geben als zwischen dem, was wir in diesen letzten Tagen in Frankreich und was wir in England haben vorgehen sehen. Dort die gedrückteste, ängstlichste Stimmung in den untern wie in den obern Regionen — hier das froheste Aufschauen von der Hütte bis zum Palast, die ungestörte und unergungene Einstimmigkeit aller Klassen der Bevölkerung in einem lauten Jubelrufe. Dort die Schärfe der Strafgesetze noch weiter und bis ins Unglaubliche verschärft, die Strenge der polizeilichen Ueberwachung aufs äußerste ausgedehnt: 30,000 Individuen mit einem male der Discretion der Staatspolizei ausgeantwortet und gleichsam vogelfrei erklärt, die Stimme der Presse über allgemeine Angelegenheiten beinahe vollends ganz erstickt, der Belagerungszustand und die Herrschaft der Militärdictatur thatsächlich so gut wie permanent erklärt und über ganz Frankreich verbreitet — und bei alledem immer noch Besorgnisse vor neuen Angriffen auf die bestehende Ordnung und ihren kaiserlichen Wächter, ängstliches Umschauen nach jedem Flüchtling, der sich in irgendeinem Winkel Europas verbergen möchte, ungeduldiges Drängen bei den Nachbarregierungen auf Verschärfung der dortigen Gesetze und Verdoppelung der Ueberwachungsmaßregeln, um Frankreich vor einem Einbruch von Meuchelmördern und Verschwörern zu schützen, als ob es mit allen jenen ungeheuern Vorkehrungen dennoch nicht sich selbst zu schützen vermöchte — auf der andern Seite des Kanals dagegen die unbefchränkste politische und persönliche Freiheit, eine in ihren Ausdrücken oft heftige und anscheinend aufreizende Presse, ein völlig freies Vereins- und Versammlungswesen, ein Asylrecht, welches die verwegnen Verschwörer und Revolutionäre aller Länder dort auf einem Punkte zusammenführt — eine für politische Spionage nicht organisirte und wenig brauchbare Polizei, die noch dazu keinen Schritt gegen die persönliche Freiheit und das sichere Recht des Hauses thun darf, ohne sogleich dem schützenden Arme der Gerichte zu begegnen — und inmitten dieser, nach den Begriffen des französischen Polizeisystems jeder Bürgerschaft entbehrenden und eine wahre Auflösung aller Bande der Ordnung verrathenden Zustände verkehrt die Herrscherin Englands nicht nur selbst und mit ihrer Familie, sondern auch mit einem ganzen Kreise fürstlicher Gäste mitten unter dem Volke — sorglos heiter, von den herzlichsten und zwanglosesten Freudenbezeugungen nicht bloß officieller und organisirter Körperschaften, sondern auch der unorganischen Masse der Bevölkerung auf jedem Schritt umgeben.

Wir wollen diesen Contrast nicht weiter ausmalen: er ist so augenfällig, daß er auch dem blödesten Beobachtungsvermögen sich unabweißbar aufdrängt. Auch sind wir nicht gemeint, daraus Schlussfolgerungen zu Gunsten oder Ungunsten der einen und der andern der beiden Regierungen zu ziehen, welche allerdings zunächst für diese so verschieden gearteten Zustände diesseit und jenseit des Kanals verantwortlich erscheinen. So grelle Gegensätze deuten auf eine tieferliegende Grundverschiedenheit der beiderseitigen Staats- und Gesellschaftsordnungen hin, eine Verschiedenheit, deren Wirkungen zu besitzigen eine einzelne Regierung, auch wenn sie es sonst wollte, kaum so leicht im Stande sein möchte. Eine jahrhundertlange Uebung und Gewöhnung hat die englische Nation für eine ausgedehnte bürgerliche und politische Freiheit geschickt gemacht und ihr dieselbe so sehr in Fleisch und Blut übergehen lassen, daß es ebenso unmöglich sein dürfte, sie davon durch Ueberredung oder Verführung zu entwöhnen, als ihr solche mit Gewalt zu nehmen. Und eine ebenso lange Gewöhnung an einen mehr oder minder straffen Despotismus, an einen Mangel sicherer Bürgschaften für persönliche und bürgerliche Freiheit, an ein System bureaukratischer Centralisation und polizeilicher Allgewalt hat in der französischen Nation jenen Geist der Selbstständigkeit und der Selbstregierung bis auf einen solchen Grad erstickt, daß eine Wiederbelebung desselben kaum denkbar, jedenfalls mit den größten Schwierigkeiten verbunden erscheint. So scharf eingegrenzt waren von jeher diese diametral auseinander gehenden Bildungswege der beiden Nationen, daß selbst eine so gewaltige politische und gesellschaftliche Umwälzung, wie die französische Revolution von 1789, die Entwicklung der despotischen und bureaukratischen Neigungen im französischen Volke nicht aufhalten konnte, vielmehr dieselbe nur noch mehr befestigen half, daß umgekehrt in England ein fast durch drei Generationen fortgesetzter grundsätzlicher und hartnäckiger Absolutismus wie der der Stuarts selbst dazu dienen mußte, die Grundlegung und den Ausbau einer dauerhaften Schutzwehr der Freiheit zu beschleunigen.

Ob, wann und durch welche Mittel es jemals gelingen wird, Frankreich aus der furchtbaren Alternative zwischen Despotismus und Anarchie, zwischen polizeilicher Verkümmern der öffentlichen Freiheiten und deren gefährlichen Excessen, worin es sich seit 1789 ruhelos hin- und herwirft, zu retten und auf den allein sichern Weg, auf welchem das englische Staatswesen seit lange her sich bewegt, hinüberzuleiten, diese Frage mögen wir billig den französischen Staatsmännern und Publicisten überlassen. Uns

liegt eine andere Erwägung näher. Das deutsche Staatswesen, ursprünglich gleich dem englischen auf den Grundlagen altgermanischer Freiheit erwachsen, ist im Laufe der Zeiten und namentlich im vorigen Jahrhundert, wo fast alle deutsche Fürsten, selbst die besten, wie Friedrich der Große, die Regierung Ludwig's XIV. nachahmten, so vielfach von den bureaukratischen, polizeilichen, centralisirenden und mechanisirenden Elementen des französischen Regierungssystems überwuchert worden, daß wir in der größten Gefahr schwebten, je mehr und mehr einer ähnlichen Verbildung des öffentlichen Geistes, wie unsere Nachbarn jenseit des Rheins, und zuletzt wol gar ähnlichen Zuständen der Auflösung einerseits, der Erstarrung in Despotismus und Unfreiheit andererseits, wie sie, zu verfallen. Glücklicherweise haben neuerdings sowol die Regierungen, wenigstens die einsichtigeren, als die politischen Parteien in Deutschland das Gefährliche des Wegs, auf dem wir uns befanden, je länger je mehr begreifen gelernt, und der neue Imperialismus in Frankreich hat das unfreiwillige Verdienst, die letztern durch die von ihm für nöthig befundene Erstückung alles öffentlichen Lebens und Zerstörung aller Sicherheit der Person, die erstern aber durch die ewige Gefahr des Umsturzes, welche eben dieses System auf sich selbst und auf die ganze mit ihm verwachsene europäische Ordnung herbeizuziehen verurtheilt scheint, von jeder, auch der letzten Anwandlung einer Vorliebe für französisches Staatswesen auf das allergründlichste geheilt zu haben.

Diese heilsame Frucht vom Baume der Erkenntniß wird, so hoffen wir, auch das neueste schreckensvolle Ereigniß in Frankreich sammt seinen Nachwirkungen den Staatsmännern und den politischen Parteien in Deutschland eintragen. Und gleichzeitig haben sie volle Gelegenheit, an den erbebenden Scenen der Volksfreude und der allgemeinen Theilnahme an dem königlichen Familienfeste zu Windsor die wohlthätigen Folgen eines freien, leblich auf die Herrschaft des Gesetzes und auf das verfassungsmäßige Zusammenwirken von Regierung und Volk gegründeten Gemeinwesens zu studiren. Diese gedoppelte Erfahrung wird sicherlich nicht verloren gehen.

Deutschland.

Preußen. † Berlin, 18. Febr. Die Anrede, welche der Prinz von Preußen an die Vertreter der Landesuniversitäten beim Empfange derselben am 11. Febr. im prinzipalpalais richtete (Nr. 40), hat viele irrige Deutungen erfahren. Der Prinz wie auch die Frau Prinzessin von Preußen haben dem Standpunkte, welchen die Wissenschaften im preussischen Staate einnehmen, die vollste Anerkennung und Würdigung angedeihen lassen. Wenn auf eine einseitige Achtung, die sich hier und da geltend zu machen strebe, hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck verliehen ward, daß dies wol nur vorübergehend sein werde, so glauben wir diejenige Deutung als die berechtigtste bezeichnen zu dürfen, welche annimmt, daß der Prinz die Hoffnung habe aussprechen wollen, daß die Wissenschaft da, wo sie einseitig zu werden Gefahr laufe, aus sich selbst heraus eine andere Richtung einschlagen und in die Bahn wieder einlenken werde, auf welcher der Geistesgeist des preussischen Volks in des Wortes edelster Bedeutung ihr begegnet. Viele andere Deutungen stehen mit der ganzen vom Prinzen bisher bewährten hochherzigen und rücksichtsvollen Haltung in solchem Widerspruche, daß sie einer Widerlegung gar nicht bedürfen. — Der König hat, wie man hört, die Prinzessin Friedrich Wilhelm vor mehreren Tagen durch einen kostbaren Schmuck von Brillanten überrascht, nachdem das hohe Königspaar bekanntlich derselben vor der Vermählung ein sehr werthvolles, strahlendes Diadem von Diamanten verehrt hatte. Das neue Geschenk dürfte als ein Zeichen der persönlichen Anhänglichkeit des Königs, seitdem derselbe die Prinzessin Friedrich Wilhelm kennen gelernt hat, zu erachten sein. Zu einem namhaften Manne, welchen der König nach Charlottenburg beschieden und wegen der Einzugsfeierlichkeiten überaus theilnehmend befragt hatte, soll derselbe nach erhaltener genauer Auskunft über alles mit innigem Gefühl die Worte gesprochen haben: „Ach daß ich nicht dabei sein kann!“

— Der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm hatten dem Magistrat die Absicht zu erkennen gegeben, den Vorständen der Innungen, der berittenen Corps, der Maschinenbauarbeiter und der übrigen Genossenschaften, welche sich an den Einholungsfeierlichkeiten betheiligen, persönlich ihren Dank auszusprechen. Der Magistrat hatte deshalb die ersten Altmeister der Gewerke sowie die Führer der genannten Körperschaften aufgefordert, sich am 17. Febr. 11½ Uhr Vormittags im königlichen Schlosse einzufinden. Die Audienz fand in dem Pfeilersaale des Schloßes statt und wurde durch den Stadtsyndicus Hedemann die Auffstellung der zur Audienz geladenen 91 Personen so bewirkt, daß die Vertreter der berittenen Corps wie der Fabrikarbeiter in einer Reihe und die Innungen drei Mann tief Platz nahmen. Nach der vom Stadtsyndicus Hedemann an das hohe Paar gerichteten Ansprache erfolgte die Vorstellung, wobei der Prinz den Stadtsyndicus aufforderte, nicht mehr als drei zusammen vorzustellen, da-

mit ihm niemand entgehe. Der Prinz unterhielt sich mit vielen in eingehendster und sachkundiger Weise, ging auf alle Specialitäten ein, stellte Vergleiche der heimischen und fremden Industrien an, kurz, er zeigte sich auf allen Gebieten heimisch. Als der Umgang bei den meisten beendet war, stellte der Prinz seiner Gemahlin den Stadtrath Nibel vor und wandte sich dann an alle mit etwa folgenden Worten zurück: Es sei ihm und seiner Gemahlin Bedürfnis gewesen, den hier Anwesenden als Vertretern ihrer Genossenschaften den Dank für die herzliche Theilnahme auszusprechen, und er könne nur das Gesuch hinzufügen, daß die Anwesenden diesen Dank allen, die sich bei dem festlichen Einzug betheiligten, im Namen des Prinzen und der Prinzessin zu erkennen geben möchten. So groß das Gewühl auch an dem Tage der Einholung gewesen sei, so seien doch die schönen kunstvollen Embleme nicht unbemerkt vorübergegangen; so müsse es jetzt ihm und seiner Gemahlin zu doppelter Freude gereichen, daß die Insignien und Embleme nun bald in einer Ausstellung vereinigt werden, wo ein genaues Anschauen und Eingehen möglich werde. „Also dort auf baldiges Wiedersehen“, schloß der Prinz die Anrede.

— Berlin, 18. Febr. Dem Antrage des Hrn. Udden und des Grafen v. Pöps-Wuch auf Aufhebung der allgemeinen Wechselfähigkeit resp. Beschränkung derselben auf solche Personen, welche ihrer zu ihren Geschäften bedürfen (Nr. 42), ist eine weitere Bedeutung wol nicht zuzuschreiben. Ähnliche Anträge sind schon früher, im Herren- wie im Abgeordnetenhaus, gestellt, jedoch fortwährend von der Regierung und namentlich auch von der Majorität des Abgeordnetenhauses entschieden zurückgewiesen worden. Bei dieser Stellung der Regierung und der Majorität des Abgeordnetenhauses zur Sache wird es auch jetzt und sicherlich auch ferner bleiben, um so mehr, als von den gegenwärtigen Antragstellern neue Motive zu ihrer Motion nicht beigebracht worden sind. Die bisher und auch jetzt wieder angeführten Gründe für die Aufhebung sind aber nicht stich- und probekaltig. Man sagt, die Ausstellung von Wechselfähigkeit sei nur für die Kaufleute und andere Personen, welche ein ausgebreitetes Gewerbe treiben, von Werth. Nein, auch der kleine Handwerker bedarf ihrer, und wer übersieht oder nicht weiß, wie das ganze Creditverhältniß des kleinen Handwerkers thums seine wesentlichste Stütze gerade in der allgemeinen Wechselfähigkeit findet, scheint überhaupt in das ganze hierher gehörende Verhältniß keine gehörige Einsicht zu haben. Es mag sein, daß in einzelnen Fällen die allgemeine Wechselfähigkeit schädlich ist; solche einzelne Fälle bilden aber eben die Ausnahme, nicht die Regel. Im allgemeinen sind die Wirkungen der allgemeinen Wechselfähigkeit die wohlthätigsten, und die bisher von den obern Behörden gesammelten Erfahrungen geben in der That allen Grund, an diesem schätzbaren Theile neugewonnener Rechtseinheit in Deutschland mit aller Kraft festzuhalten. Haben einzelne Personen es sich zur Aufgabe gemacht, gegen die allgemeine Wechselfähigkeit fortwährend Sturm zu laufen, so muß man sie darin ruhig gewähren lassen, wie man eben auch diejenigen Herren ruhig gewähren lassen kann, welche periodisch mit ihren Anträgen auf Erhöhung der Tabaksteuer oder gar Einführung des Tabakmonopols wiederkehren.

— In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden zwei Petitionen, welche die Restitution des Jagdrechts an die Altberechtigten und die Emanation eines Jagdpolizeigesetzes fordern, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, dagegen die Petition vom Abg. v. Berge, welche auf endliche Erledigung der Jagdentwässerungsfrage anträgt, der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Eine lebhafteste Debatte veranlaßten die Petitionen des Fabrikbesizers Röll in Brandenburg, des Schriftstellers Eduard Hänel in Berlin und des Fabrikbesizers Ernst Kämmerer in Bromberg um Erlass eines Musterchutzgesetzes, und eine Ausdehnung der bestehenden Schutzgesetze für die Werke der Wissenschaft und Kunst auf die Erzeugnisse der Stempelschneiderei, des Stiches in Holz und Metall, und neue Maschinen und Geräte. Abg. Reichensperger-Maxen wünschte, wie die Commission, die Petition durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; geistige Leistungen proveniren aus der Culturarbeit einer ganzen Zeitepoche, sie müssen daher Gemeingut bleiben; am allerwenigsten dürfen wir ausländisches „geistiges Eigentum“ und das sind wesentlich die Muster und Vorbilder, welche die deutschen Künstler reproduciren, für vogelfrei erklären, oder vielmehr es demjenigen privilegiren, der es zuerst bei uns importirt. Abg. Wagener-Neustettin beantragt, die Petitionen der Regierung zur Erwägung zu überweisen, der Staat sei verpflichtet, die Muster der Fabrikanten zu schützen, da sie meist allein ihre Arbeit von fremden unterscheiden und belohnen, nachdem die Concurrenz den Preis der Waaren auf den Erzeugwerth reducirt hat. Abg. Reichensperger-Köln stimmt dem Vorebner bei, da die nationale Kunstindustrie bei uns in wenigstens ebenso großer Blüte sei als im Auslande; er hofft die Entwicklung einer nationalen Kunst aus dem gothischen Geschmack. Abg. Diergard hat in Deutschland und in Paris Studien gemacht, welche ihn überzeugt haben, daß wir die französischen Muster nicht entbehren können, unsere Dessinateure seien noch wenig vorgeschritten. Abg. Garkort war ebenfalls in Paris, hat dort an den Schaufenstern deutsche Stilmuster gesehen und sich überzeugt, daß wir ein Musterchutzgesetz brauchen. Das Haus nahm endlich den Wagner'schen Antrag an.

— Das königliche Schulcollegium der Provinz Brandenburg macht unterm 12. Febr. bekannt, daß es, infolge der immer mehr zunehmenden Ausdehnung der Stadt Berlin und der dadurch entstehenden großen Entfernung einzelner Stadttheile von den Gymnasien, sowie der Ueberfüllung der untern Klassen dieser Lehranstalten auf eine Abhülfe der aus diesen

Verhältnissen hervorgehenden Uebelstände Bedacht zu nehmen habe und zu dem Ende beabsichtige, in dem vor dem Potsdamer und Anhaltischen Thore gelegenen Stadttheil, und zwar auf dem dem Joachimsthalschen Gymnasium gehörigen Grundstück, Bellevuestraße Nr. 15, zunächst ein Progymnasium zu begründen, welches mit dem Beginn des nächsten Semesters eröffnet werden soll.

— Ueber die dem Wirklichen Geheimrath Frhrn. v. Bunsen zu Theil gewordene Standeserhöhung erfährt ein berliner Correspondent der Kölnischen Zeitung noch nachträglich aus authentischer Quelle, daß der Freiherrntitel für ihn allein, und nur auf einen seiner Söhne eventuell vererblich, bestimmt ist, dagegen seine Familie einfach das adelige „von“ erhalten hat. Ähnlicher Bestimmungen einer zweistufigen Adelskennung nach englischem Muster erinnere man sich noch aus dem ersten Regierungsjahre des jetzt regierenden Königs, wie sie denn überhaupt mit bekannten Ansichten des Königs übereinstimmen.

— Aus Posen vom 17. Febr. schreibt die Posener Zeitung: „Eigenthümliche Gerüchte laufen hier um, und wir können nicht umhin, auch hier von den Thatfachen, wie sie uns zu Ohren gekommen, Notiz zu nehmen, ohne daß wir im Stande wären, die Wahrheit aller einzelnen Umstände zu verbürgen. Vor etlichen Tagen ist die Schwester des bekannten L. Melorostawski mit einem französischen, durch Visa der russischen Gesandtschaft zur Reise nach Rußisch-Polen gültigen Passe hier angekommen. Da es den Anschein gewonnen, als wolle die Dame hier verweilen, so habe die Behörde natürlich nach den Zwecken dieses Aufenthalts gefragt, die gerade hier schwer ersichtlich sein mochten. Ein eingereichtes ärztliches Zeugniß habe dann erklärt, daß das Kind, das die Dame bei sich gehabt, krank und also ein Verweilen hierorts notwendig sei, und ein amtliches ärztliches Attest habe bestätigt, daß das Kind, wenn auch gefahrlos, leidend sei und dieses Leiden möglicherweise durch eine sofortige Abreise verstärkt werden könne. Daraus gewährte selbstverständlich die Behörde sofort der Dame den hiesigen Aufenthalt, fand sich jedoch aus Rücksichten verschiedener Art bewogen, eine Surveillance im Vorzimmer der Dame eintreten zu lassen. Dieser Maßregel aber hat die Dame sich nicht unterwerfen mögen und demnach Posen sofort verlassen. Von andern Seiten geht das Gerücht um, im Königreiche Polen seien Bauernkrawalle ausgebrochen, die aber keineswegs gegen die Regierung, sondern gegen Gutsbesitzer gerichtet wären und zwar infolge der Maßnahmen zur Aufhebung der Leibeigenschaft. Wir sind indessen bis jetzt nicht im Stande, irgend Zuverlässiges darüber mitzutheilen, und es wird überhaupt abzuwarten sein, ob etwas Wahres dem Gerüchte zu Grunde liegt.“

— Thüringische Staaten. Gotha, 16. Febr. Die Verdächtigungen der kirchlichen Zustände in Thüringen und speciell in Koburg-Gotha, welche die von Kliefoth in Schwerin herausgegebene kirchliche Zeitschrift zu veröffentlichen übernommen hat, bedürfen, wie kürzlich ausgesprochen worden, keiner besondern Widerlegung; die notorischen Thatfachen setzen außer allen Zweifel, wo mehr wahrhaft religiöser und kirchlicher Sinn vorhanden sei, im orthodoxen Mecklenburg oder im rationalistischen Thüringen. Die Gothaische Zeitung enthält in ihrem amtlichen Theile eine Bekanntmachung des Oberconsistoriums, in welcher die Schenkungen und Stiftungen aufgezählt werden, welche in den beiden letzten Jahren für Kirchen und Schulen des Landes gemacht worden sind, und da stellt sich denn heraus, daß in diesem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum die Hälfte der sämmtlichen Kirchen des Herzogthums mit reichen Gaben der Liebe und mit einzelnen nicht unansehnlichen Stiftungscapitalien beschenkt worden ist. Weit entfernt davon, in solchen Geschenken und Vermächtnissen den einzigen oder den untrüglichen Werthmesser des christlichen Sinnes einer Bevölkerung zu erblicken, glauben wir doch jenes lange Verzeichniß wenigstens nicht als einen Beweis für den Mangel an Religiosität und Kirchlichkeit ansehen zu sollen. (Nat.-Z.)

— Jena, 14. Febr. Auf Veranlassung des Professors Dr. Leubuscher ist hier ein Gesundheitspflegeverein für Studierende gebildet und von den Staatsregierungen der durchlauchtigsten Erhalter unserer Universität sanctionirt worden. Er wird mit nächstem Semester ins Leben treten. Sein Zweck ist kostenfreie ärztliche Behandlung und Verpflegung der Studierenden in Krankheitsfällen; der Fonds wird durch geringe Beiträge derselben gebildet. (Bl. v. d. S.)

— Altenburg, 16. Febr. Als ein warnendes Beispiel verdient folgender Vorfall bekannt zu werden, welcher sich am 7. Febr. in dem Dorfe Winterdorf bei Lucha ereignete. In der Wohnstube einer Arbeiterfamilie war, um das Bett für ein krankes Kind zu wärmen, eine gewöhnliche Bierflasche, mit Wasser gefüllt und zugedekelt, in die Kochmaschine gelegt worden. Plötzlich zersprang dieselbe durch die Kraft der entwickelten Dämpfe mit einem donnerähnlichen Krachen. Nicht bloß der Ofen wurde bedeutend beschädigt und ein Fenster gänzlich zertrümmert, sondern auch das eine Kind tödtlich, zwei andere bedeutend theils an der Hand, theils am Auge von Scherben der zersprungenen Flasche verwundet. (Kyz. Z.)

— Mecklenburg. Rostock, 16. Febr. Die Schlußverhandlung der Revisionsinstanz in der Untersuchungssache wider den Advocaten Hane und Gröffen, wegen Hochverraths, wird nach der Rostocker Zeitung am 22. und 23. März vor der großherzoglichen Justizkanzlei zu Schwerin stattfinden und zwar nicht in öffentlicher Sitzung. Die drei Angeklagten, Advocat Hane, Professor Wilbrandt und Schiffszimmergesell Börgen, sollen dabei in Person gegenwärtig sein. Auch sind die Kaufleute Schwarz und Bluhme zu der Verhandlung geladen worden.

Sch
trockene
dänische
(Hannover
respondent

Sar
Moncalier
den zusam
trümmert

□ Par
zum Gesa
Bedeutung
und währ
ragendes
er abgefal
man von
nisters un
für gut be
Allein am
zu sollen,
ferliche Re
zog mit of
plomat dur
der Haltun
den Gesan
Jar mit d
der als M
eingeleitet,
sandter in
eigneten M
Kaiser die
spricht von
welche dem
zu glauben
niß, welche
werden soll
sollte. Es
darf. In
Christian v
terredung,
die deutsch
Mäßigung
daß jede G
einer deutsc
Tuilerien
Ueberhäupt
Frankreichs
consequenter
men zu lass
Schärfe an
Verhältniß
im Innern
welche die
welche sich
der vielber
her wahr
und hat ein
mitgenomme
sehr herzlich
ausgedrückt
gewirkt, daß
Flüchtlinge
nicht unberü
und hat, w
keit größerer
entschlossen
Ueberwachun
geht so weit
der Kammer
für die Unte
richte des G
Der Gesandt
über die Reg
hen. Selbst
von den Gro
früher über
cabinet in G
aus wurde d
Gegend liegt
Schloß in G
Königs zu L

darf. In
Christian v
terredung,
die deutsch
Mäßigung
daß jede G
einer deutsc
Tuilerien
Ueberhäupt
Frankreichs
consequenter
men zu lass
Schärfe an
Verhältniß
im Innern
welche die
welche sich
der vielber
her wahr
und hat ein
mitgenomme
sehr herzlich
ausgedrückt
gewirkt, daß
Flüchtlinge
nicht unberü
und hat, w
keit größerer
entschlossen
Ueberwachun
geht so weit
der Kammer
für die Unte
richte des G
Der Gesandt
über die Reg
hen. Selbst
von den Gro
früher über
cabinet in G
aus wurde d
Gegend liegt
Schloß in G
Königs zu L

darf. In
Christian v
terredung,
die deutsch
Mäßigung
daß jede G
einer deutsc
Tuilerien
Ueberhäupt
Frankreichs
consequenter
men zu lass
Schärfe an
Verhältniß
im Innern
welche die
welche sich
der vielber
her wahr
und hat ein
mitgenomme
sehr herzlich
ausgedrückt
gewirkt, daß
Flüchtlinge
nicht unberü
und hat, w
keit größerer
entschlossen
Ueberwachun
geht so weit
der Kammer
für die Unte
richte des G
Der Gesandt
über die Reg
hen. Selbst
von den Gro
früher über
cabinet in G
aus wurde d
Gegend liegt
Schloß in G
Königs zu L

darf. In
Christian v
terredung,
die deutsch
Mäßigung
daß jede G
einer deutsc
Tuilerien
Ueberhäupt
Frankreichs
consequenter
men zu lass
Schärfe an
Verhältniß
im Innern
welche die
welche sich
der vielber
her wahr
und hat ein
mitgenomme
sehr herzlich
ausgedrückt
gewirkt, daß
Flüchtlinge
nicht unberü
und hat, w
keit größerer
entschlossen
Ueberwachun
geht so weit
der Kammer
für die Unte
richte des G
Der Gesandt
über die Reg
hen. Selbst
von den Gro
früher über
cabinet in G
aus wurde d
Gegend liegt
Schloß in G
Königs zu L

darf. In
Christian v
terredung,
die deutsch
Mäßigung
daß jede G
einer deutsc
Tuilerien
Ueberhäupt
Frankreichs
consequenter
men zu lass
Schärfe an
Verhältniß
im Innern
welche die
welche sich
der vielber
her wahr
und hat ein
mitgenomme
sehr herzlich
ausgedrückt
gewirkt, daß
Flüchtlinge
nicht unberü
und hat, w
keit größerer
entschlossen
Ueberwachun
geht so weit
der Kammer
für die Unte
richte des G
Der Gesandt
über die Reg
hen. Selbst
von den Gro
früher über
cabinet in G
aus wurde d
Gegend liegt
Schloß in G
Königs zu L

darf. In
Christian v
terredung,
die deutsch
Mäßigung
daß jede G
einer deutsc
Tuilerien
Ueberhäupt
Frankreichs
consequenter
men zu lass
Schärfe an
Verhältniß
im Innern
welche die
welche sich
der vielber
her wahr
und hat ein
mitgenomme
sehr herzlich
ausgedrückt
gewirkt, daß
Flüchtlinge
nicht unberü
und hat, w
keit größerer
entschlossen
Ueberwachun
geht so weit
der Kammer
für die Unte
richte des G
Der Gesandt
über die Reg
hen. Selbst
von den Gro
früher über
cabinet in G
aus wurde d
Gegend liegt
Schloß in G
Königs zu L

darf. In
Christian v
terredung,
die deutsch
Mäßigung
daß jede G
einer deutsc
Tuilerien
Ueberhäupt
Frankreichs
consequenter
men zu lass
Schärfe an
Verhältniß
im Innern
welche die
welche sich
der vielber
her wahr
und hat ein
mitgenomme
sehr herzlich
ausgedrückt
gewirkt, daß
Flüchtlinge
nicht unberü
und hat, w
keit größerer
entschlossen
Ueberwachun
geht so weit
der Kammer
für die Unte
richte des G
Der Gesandt
über die Reg
hen. Selbst
von den Gro
früher über
cabinet in G
aus wurde d
Gegend liegt
Schloß in G
Königs zu L

darf. In
Christian v
terredung,
die deutsch
Mäßigung
daß jede G
einer deutsc
Tuilerien
Ueberhäupt
Frankreichs
consequenter
men zu lass
Schärfe an
Verhältniß
im Innern
welche die
welche sich
der vielber
her wahr
und hat ein
mitgenomme
sehr herzlich
ausgedrückt
gewirkt, daß
Flüchtlinge
nicht unberü
und hat, w
keit größerer
entschlossen
Ueberwachun
geht so weit
der Kammer
für die Unte
richte des G
Der Gesandt
über die Reg
hen. Selbst
von den Gro
früher über
cabinet in G
aus wurde d
Gegend liegt
Schloß in G
Königs zu L

Schleswig-Holstein. Flensburg, 11. Febr. Die soeben eingetroffene Broschüre: „Widerlegung der Vorwürfe, welche das königlich dänische Ministerium der holsteinischen Ständeversammlung gemacht hat“ (Hannover, Karl Rümpler), ist, nach Mittheilung des Hamburgischen Correspondenten, hier von der dänischen Regierung mit Beschlag belegt worden.

Italien.

Sardinien. Turin, 16. Febr. Vorgestern rief in der Nähe von Moncalieri der Zug von Cuneo mit dem von Turin nach Pignerol gehenden zusammen; die drei letzten Wagen des pigneroler Zuges wurden zertrümmert, viele Passagiere verwundet, darunter sieben schwer.

Frankreich.

Paris, 17. Febr. Die Ernennung des Herzogs v. Montebello zum Gesandten am russischen Hofe ist eine Begebenheit nicht ganz ohne Bedeutung. Bekanntlich war der Herzog ein Anhänger der Juliregierung und während derselben Minister und Gesandter. Wenn auch kein hervorragendes Talent, ist der Mann ebenso für die Partei wichtig, von welcher er abgefallen, als für die, welcher er beigetreten. In den Tuileries soll man von vornherein nicht sehr geneigt gewesen sein, die Dienste des Ministers unter Ludwig Philipp anzunehmen, weil man wußte, daß er es für gut befunden, sich für seinen Uebertritt in Claremont zu entschuldigen. Allein am Ende glaubte man nicht allzu streng und allzu wählerisch sein zu sollen, und dem Ausspruch in der letzten Thronrede gemäß, daß die kaiserliche Regierung alle aufnimmt, welche zu ihr kommen, wurde der Herzog mit offenen Armen empfangen. Man glaubt, daß der routinierte Diplomat durch die Leichtigkeit des Umgangs, durch die Feinheit und Eleganz der Haltung und Manieren, wie durch seinen hohen Rang sich trefflich für den Gesandtschaftsposten in Petersburg eigne und daß man am Hofe des Zar mit dieser Wahl zufrieden sein werde. An Frn. Drouin de Lhuys, der als Minister der äußern Angelegenheiten den morgenländischen Krieg eingeleitet, fand man für die friedliche Aufgabe, die ein französischer Gesandter in diesem Augenblick zu Petersburg zu erfüllen hat, nicht den geeigneten Mann. Doch scheint es nichtsdestoweniger ausgemacht, daß der Kaiser die Fähigkeiten dieses Staatsmanns zu benutzen gedenkt, und man spricht von einer außerordentlichen Sendung nach Preußen und Oesterreich, welche demselben übertragen werden sollte. Wenn gewissen Andeutungen zu glauben ist, handelt es sich bei dieser Sendung um ein engeres Bündniß, welches zwischen den europäischen Großmächten zu Stande gebracht werden soll, und das in einigen Beziehungen der Heiligen Allianz gleichen sollte. Es versteht sich von selbst, daß diese Nachricht der Bestätigung bedarf. In Zusammenhang mit ihr wird die Angabe gebracht, daß Prinz Christian von Dänemark nicht zufrieden sei mit dem Ergebnis einer Unterredung, die zwischen dem Kaiser und ihm stattgefunden und in welcher die deutsch-dänische Verwickelung berührt wurde. Der Kaiser soll sehr auf Mäßigung von Seiten Dänemarks gedrungen und wiederholt erklärt haben, daß jede Einmischung in die Frage, solange sie nicht aus der Grenze einer deutschen Bundesangelegenheit heraustrete, ebenso dem Cabinet der Tuileries wie allen andern unbetheiligten Großmächten entfernt liege. Ueberhaupt ist, wie ich schon angedeutet, die Tendenz der äußern Politik Frankreichs plötzlich eine andere, man möchte sagen eine conservativere, eine consequenterere geworden, die nun aufhört, sich von Localverhältnissen bestimmen zu lassen, um anders im Osten, anders im Westen aufzutreten. Die Schärfe anlangend, scheint die äußere zur innern Politik im umgekehrten Verhältnis zu stehen; man ist desto milder nach außen hin, je strenger man im Innern zu sein für nothwendig erachtet, und für den Augenblick sind wol die Befürchtungen von einem Friedensbruch durch das Kaiserreich, welche sich seinerzeit allenthalben geltend gemacht, zurückzuweisen. Und der vielberühmte Ausspruch L'Empire c'est la paix war nie gründlicher wahr als gerade jetzt. — Graf Ottajano hat Paris verlassen und hat ein eigenhändiges Schreiben Ludwig Napoleon's an seinen König mitgenommen. Man glaubt versichern zu können, daß dieses Schreiben in sehr herzlicher Weise abgefaßt und die Hoffnung auf eine baldige Ausgleichung zwischen den Westmächten und Neapel wenigstens andeutungsweise ausgedrückt sei. — Das Beispiel Englands hat derart auf die Schweiz gewirkt, daß sie allen Wünschen der französischen Regierung, die politischen Flüchtlinge betreffend, zu genügen bereit ist. Auch Graf Cavour konnte nicht unberührt bleiben von der scharfen Lust, die von der Seine her weht, und hat, wie versichert wird, Concessionen gemacht, um die Nothwendigkeit größerer und schwerer Ereignisse für das Land zu vermeiden. Er soll entschlossen sein, einen Gesetzentwurf zur Beschränkung der Presse und Ueberwachung der politischen Flüchtlinge den Kammern vorzulegen; ja man geht so weit, zu behaupten, daß die piemontesische Regierung an Auflösung der Kammer denkt, für den Fall, daß diese sich nicht geneigt zeigen soll, für die Unterdrückungsgesetze zu stimmen. — Aus Wien lauten die Berichte des Fr. v. Bourqueney sehr erfreulich für die französische Regierung. Der Gesandte meldet, daß sich der Kaiser Franz Joseph sehr schmeichelhaft über die Regierung und die Person des Kaisers der Franzosen ausgesprochen. Selbst die Wirkung nach außen, welche nun von hier ausgeht, wird von den Großmächten auf dem Continent gutgeheißen, wie sehr man sich früher über die dictatorische Rolle entrüstet gezeigt, welche das Tuileriescabinet in Europa zu spielen das Gellüste gezeigt haben soll. — Von hier aus wurde dem König von Preußen Beau, das in einer sehr gesunden Gegend liegt, zum Aufenthalt angeboten, doch soll der berliner Hof ein Schloß in Cannes, gleichfalls im Süden Frankreichs, zur Aufnahme des Königs zu kaufen im Begriffe stehen.

Großbritannien.

London, 17. Febr. In der gestrigen (bereits erwähnten) Sitzung des Unterhauses zeigte Hr. Gibson an, er werde bei Gelegenheit der zweiten Lesung der Nordverschwörungsbill folgende Resolution beantragen: „Das Haus vernimmt mit großem Bedauern die Behauptung, daß die neulichen Attentate auf das Leben des Kaisers der Franzosen in England angezettelt worden seien, und drückt seinen Abscheu über solche strafbare Unternehmungen aus. Das Haus ist jederzeit bereit, allen etwaigen Mängeln in unserm peinlichen Recht, deren Vorhandensein nach gehöriger Prüfung nachgewiesen ist, abzuhelfen. Allein es kann nicht umhin, es zu beklagen, daß Ihrer Maj. Regierung, ehe sie das Haus einlud, das die Verschwörungen betreffende Gesetz in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu verbessern, es nicht für ihre Pflicht erachtet hat, die von der französischen Regierung erhaltene, Paris, 20. Jan. 1858 datirte und dem Parlament vorgelegte wichtige Depesche irgendwie zu beantworten.“ Hr. Griffith fragt den ersten Lord des Schachet, ob, da das Schreiben vom 6. Febr., in welchem der französische Gesandte das Bedauern des Kaisers wegen der Veröffentlichung der bekannten Adressen im Moniteur ausdrückte, nicht in derselben Weise wie die Note vom 20. Jan. in jenem Blatt erschienen sei, Ihrer Maj. Regierung die Absicht habe, der französischen Regierung zu verstehen zu geben, daß seine Veröffentlichung im Moniteur für eine befriedigende Erledigung der Angelegenheit förderlich sein würde. Lord Palmerston: „Ehe ich die Frage des ehrenwerthen Herrn beantworte, möchte ich mir erlauben, selbst eine Frage an das Haus zu richten. (Hört, hört!) Ich möchte das Haus fragen, was seine Wünsche und Absichten in Bezug auf eine Angelegenheit von großer nationaler Wichtigkeit sind. Ist es sein Wunsch und seine Absicht, daß die zum Glück gegenwärtig zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs bestehenden freundschaftlichen und vertraulichen Beziehungen aufrecht erhalten werden (lautes Hört, hört!), oder ist es sein Wunsch und seine Absicht, den Beziehungen zwischen den beiden Ländern einen Geist der Gereiztheit, der Bitterkeit und des Grolls einzustößen? (Hört, hört!) Wenn das letztere der Zweck des Hauses ist, so kann es keinen bessern Weg einschlagen — obgleich derselbe nicht gerade ein besonders anständiger ist — als den, daß es fortfährt, persönliche Angriffe auf den Kaiser der Franzosen und die französische Nation zu richten, und aus diesem Grunde muß, wenn es, obgleich ich es zu verhindern suchen werde, dem Hause beliebt, ein solches Verfahren zu beobachten, die Verantwortlichkeit dafür natürlich auf das Haus fallen. Wer hingegen dasselbe Gewicht, wie ich, auf die Aufrechterhaltung jener freundschaftlichen Beziehungen legt, welche glücklicherweise zwischen den beiden Regierungen und den beiden Ländern bestanden, so bitte ich es, der Wiederholung dieser fortwährenden persönlichen Angriffe auf den Kaiser, welcher der von dem französischen Volk freiwillig Erwählte ist, entgegenzuwirken. (Beifall.) Was nun die Frage des ehrenwerthen Abgeordneten angeht, so kann ich nur sagen, daß Ihrer Maj. Regierung nicht die Absicht hat, das von ihm vorgeschlagene Verfahren zu beobachten, weil sie dasselbe für höchst unpassend und, wenn ich mich, ohne persönlich beleidigend zu werden, des Ausdrucks bedienen darf, für äußerst absurd hält.“ (Beifall und Gelächter.)

Die Times sagt über die von Griffith gestellte Frage: „Hr. Griffith ist sehr patriotisch und wacht mit Eifersucht über die Landesherrschaft. Aber, guter Hr. Griffith, es gibt etwas, das beinahe ebenso nothig für das Leben ist als die Ehre. Sie wollen uns nicht gönnen, daß wir in Zukunft noch über irgendetwas lächeln. Die Welt wird gar ernst und langweilig. Seit vielen Monaten ist uns nichts so Ergößliches vorgekommen als jene französischen Dersken. Einige verrückte Kritiker, die sich ein Geschäft daraus machen, jeden Anspruch auf Originalität zu untergraben, haben die grausame Conjectur aufgestellt, die vom Moniteur veröffentlichten Actenstücke seien nichts weiter als die wörtliche Reproduktion der Adressen, welche vor 50 Jahren dem ersten Napoleon eingesandt wurden, als er jene Flotille ausrückte, die England nie erreichen sollte. Aber wessen Sache ist es, den Dersken den Kopf zurecht zu setzen? Sicherlich nicht unsere. Es kann uns gleichgültig sein, ob wir als Banditen oder Carbonari oder als noch etwas Schlimmeres geschilbert werden. Wenn es den französischen Dichtern gefällt, unsere Insel mit Cyclopen und Lästrygonen, Sirenen und Circe zu bevölkern, so können wir nichts dagegen haben, wenn sich die Phantastie auf diese Weise mit unsern Ufern beschäftigt. Die Erfahrung zeigt, daß nichts schwerer für eine Nation ist, als irgend eine vollstündliche Vorstellung los zu werden. Bloß die Zeit vermag dies. Noch vor 50 Jahren glaubte man in England, jeder Franzose sei ein schwächliches Männchen mit kaum einem Loth Fleisch auf den Knochen, der in der Regel nichts weiter esse als dünne Suppe und Froschschenkel. Als der Krieg vorüber war, ging John Bull nach Frankreich und sah dort mit eigenen Augen Geschöpfe, die ihm selbst gar nicht so besonders unähnlich waren; es kam ihm sogar vor, als seien sie etwas wohlbeleibter als er selbst. Auch hatten sie ganz vernünftige Begriffe von Essen und Trinken. Ebenso können unsere französischen Nachbarn etwas lernen; allein es ist nicht unsere Sache, sie zu lehren, was wir in Wirklichkeit sind. . . . Alles, was wir Engländer den Franzosen wünschen, ist, daß sie eine Regierung ihrer eigenen Wahl haben mögen und daß diese Regierung eine gute, d. h. eine starke und weise sein möge. Die Franzosen haben ihre Wahl getroffen. Sie haben einen Herrscher, der, nach dem Erfolge zu urtheilen, ihre Wohlfahrt im Inlande und ihr Ansehen im Auslande gefördert, ihre Hauptstadt zu neuer Schönheit umgeschaffen und ihre Einkünfte vermehrt hat. Uns ist er ein guter und treuer Bundesgenosse gewesen. Wir können keinen andern Wunsch hegen als den, daß er und seine Kindeskinde in Frankreich

regieren mögen, solange sie mit gleichem Erfolge regieren. Man hätte denken sollen, es wäre das Interesse derer gewesen, welche seinen Thron umstürzen und welche selbst in früheren Tagen die Launen des Schicksals empfunden haben, die englische Volkstimmung in Frankreich wahr und günstig darzustellen. Man hätte denken sollen, ihr Interesse hätte es erheischt, die Verdächtigung, als beherbergten wir Mordmörder, die es auf das Leben ihres Herrn abgesehen haben, sofort energisch zurückzuweisen. Selbst wenn diese Herren unsre Polizei für nicht besser halten als die ihrige, so gewinnen sie doch nichts damit, daß sie uns mit Mördern in eine Kategorie stellen. Wenn wir wünschen, daß unsere ehrliche Gesinnung bekannt werde, so ist das eine Sache des Wohlwollens. Wenn die französische Regierung dasselbe wünscht, so ist es eine Sache der Politik, beinahe hätten wir gesagt: der harten Nothwendigkeit."

Belgien.

Brüssel, 17. Febr. Der wegen Ehebruchs angeklagte Priester (Nr. 42) ist heute vom Zuchtpolizeigericht zu zwei Jahren Gefängniß und 600 Fr. Geldbuße verurtheilt, die mit ihm zugleich angeklagte Ehefrau mit vier Monaten Gefängniß bestraft worden.

Montenegro.

Von der montenegrinischen Grenze schreibt man der Agramer Zeitung unterm 2. Febr.: „Die Garnison von Podgoriza war kürzlich ausgerückt, um in der den Einwohnern von Piperi gehörigen Waldung Holz zu fällen. Einige Hirten vereinten sich, um diesen Vorgang zu verhindern; aber nichtsdestoweniger fuhr die Nizams in ihrer Beschäftigung fort. Es entwickelte sich ein Scharmügel; von Podgoriza kamen 1600 Nizams den Ihrigen zu Hülfe, während von der Bevölkerung Piperis nur 7—800 auf dem Kampfplatz sich befanden. Das Gefecht dauerte bis zur Dunkelheit. Getödtet wurden 11 türkische Soldaten und verwundet 29, darunter die meisten schwer. Die Gegenpartei zählte 7 Tote und 11 Verwundete, unter letztern auch der Neffe des montenegrinischen Senators Jole Piletitsch. Ein neuer Zusammenstoß steht bevor. Gewiß ist, daß, wenn Podgoriza nicht eine verstärkte Besatzung erhält, es den Montenegrinern nicht schwerfallen werde, es durch einen Handstreich zu nehmen.“

Griechenland.

Nach Berichten des Bays aus Athen vom 7. Febr. fiel das Nationalfest am Jahrestage der Landung des Königs sehr gut aus. Da die Vorbereitungen dazu in Nauplia getroffen worden waren, wendete die griechische Regierung sich an die Commandanten der französischen und russischen Flottenstation, um aus dieser Stadt das dort befindliche Material und Personal zu holen. Die russische Fregatte Polkan und der französische Dampfschiff Brandon führten diesen Auftrag aus. Am 6. Febr. war der Hafen von Piräus außerordentlich belebt; Kriegsschiffe fast aller Seemächte flaggten und gaben beim Aufgange und Untergange der Sonne Artilleriefalven.

Königreich Sachsen.

Dresden, 18. Febr. In der heutigen öffentlichen Sitzung der II. Kammer wurde Hr. v. Löffow für Abg. Koch eingeführt. Hr. v. Schönberg brachte hierauf eine verheißene Interpellation vor, diejenige Million betreffend, welche sich bei Gründung der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt in Leipzig die Regierung vorbehalten und zum Theil an das Cultusministerium abgegeben. Es gehe das Gerücht, daß das Cultusministerium mit Stiftungsgeldern überhaupt allerlei Papiere ankaufe und damit speculire. Staatsminister v. Falkenstein erklärte, daß das Ministerium die Capitalien der Stiftungsfonds gegen landesübliche Zinsen hypothekarisch angelegt und den Zinsfuß neuerdings sachgemäß erhöht habe. Industriepapiere besitze das Ministerium nicht, mit Ausnahme einer kleinen Anzahl berliner Bankactien, die als beizubehaltende von einem Stifter überwiesen worden seien. Was die Creditactien anlange, habe allerdings das Cultusministerium von den von der Regierung vorbehaltenen Actien eine Anzahl übernommen, solche aber sofort wieder mit Vortheil veräußert. Abg. v. Schönberg will hiermit zufrieden sein, behält sich aber Anträge vor, da er nicht wünscht, daß derlei zu Gerüchten Anlaß gebende An- und Verkäufe wieder vorkommen möchten.

Zur Tagesordnung übergehend behandelte die Kammer Hof. 12 des außerordentlichen Budgets, welche 30,000 Thlr. zu Ankauf eines Gebäudes in Dresden für das Militärmagazin verlangt. Die Finanzdeputation hat nicht für gut befunden, dieses Postulat zu bewilligen. Nach Ueberzeugung des Regierungscommissars v. Zeschau liegt die Erwerbung des Gebäudes zu dem angegebenen Zwecke jedoch im Interesse des Staats. Eine höhere Aufsichtung des Getreides in den bereits vorhandenen Lagerungsstellen sei völlig unthunlich und eine vorgeschlagene Lieferung auf Zeit habe namentlich größeren Aufwand von Spesen auf sich. Es sei ein Irrthum, wenn man glaube, daß die vorhandenen Magazine zeitweise leer seien; endlich sei die gewünschte Entbehrlichkeit des zweijährigen Magazins nur dann in Frage, wenn das gegenwärtige Postulat bewilligt werde. Gerade jetzt sei der Ankauf von Häusern in Dresden nur vorthellhaft; das so angelegte Capital werde gute Zinsen tragen. Abg. Meinert glaubte, daß man durch diesen Hausankauf unter andern Wohnungen für Offiziere gründen wolle, was um so weniger nöthig sei, als sich das Militär seiner Kopfszahl nach doch einmal vermindern müsse. Abg. Sachse stimmte ebenfalls gegen das Postulat, da das Kriegsministerium weniger Werth auf Grundbesitz lege, als im Interesse des Staats liege. Die Verlegung der Garnison von Freiberg nach einem andern Orte gebe hierfür Zeugniß. Der Abg. Sachse erwiderte auch auf eine Entgegnung des königlichen Commissars, daß er die

Beurtheilung einer solchen Verlegung jener Garnison dem Landesverstande vindiciren, jedenfalls aber der Kammer das Recht wahren müsse, in solchen Dingen mitzusprechen. Referent Haberkorn sprach für den Deputationsbericht und hob hervor, daß man einzelne Magazine vielleicht höher aufsetzen könne, was lange nicht so kostspielig sein werde, wie der Ankauf des neuen Gebäudes, dessen mitanzukaufendes, zu Offizierswohnungen bestimmtes Nebenhaus die Hauptsache sei. Man werde von Offizieren nicht so hohe Zinsen verlangen können, daß hier ein rentabler Hauskauf vorläge. Der Regierungscommissar leugnete die Möglichkeit einer Aufsetzung der vorhandenen Gebäude, die Kammer lehnte jedoch schließlich einstimmig das Postulat ab.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung war Berathung der sub I im Budget genannten Beiträge zu den Ausgaben des Deutschen Bundes. Das Budget verlangt hier 23,000 Thlr. (11,000 Thlr. weniger als früher). Es entspann sich alsbald über den Gegenstand eine interessante allgemeine Debatte. Abg. Georgi glaubte, daß es vielleicht Zeit sei, bei dieser Budgettheilung über die Bundesverfassungsfrage zu sprechen, in dessen Verzicht er bei der Schwierigkeit dieser Frage hierauf und erkenne nur freudig an, daß der Deutsche Bund in Einer Richtung wenigstens die Einheit der deutschen Stämme anstrebe. Das nürnbergische Handelsgesetzgebungswerk sei auf Impuls der Bundesregierung begonnen worden und verspreche bei warmer Theilnahme ersprießliche Resultate. Möchten nach Zustandekommen dortiger Beschlüsse die deutschen Regierungen und Ständeammern zur Verwirklichung derselben sofort geneigt sein! Das einzige Bedürfniß aller in Nürnberg Anwesenden spreche warm für eine allgemeine Gesetzgebung. Sachkundige sähren kein Hinderniß gegen Schaffung auch eines einigen Civil- und Strafgesetzbuchs. Der sächsischen Regierung seien in dieser Hinsicht Wünsche und Dank auszusprechen. Wenn auch nicht die Einheit, so werde man doch die Einigkeit Deutschland auf diesem Wege erreichen. Abg. Falcke sprach sich in demselben Sinne aus. Abg. Niesel soll 1000 Thlr. bei Hof. 75 a für die deutsche Centralgewalt jetzt mehr bewilligen, und fragt deshalb, ob der Deutsche Bund in jeder Beziehung seine Pflicht gethan. Für Schleswig-Holstein sei deutsches und sächsisches Blut geflossen. Was habe der Bund für dieses Stammvolk gethan? Ist der Bund den dänischen Gelüsten der Ausrottung alles Deutschthums entgegengetreten? Der Deutsche Bund hat — ruhig zugehört, bis sich zwei Dynastien an ihn wendeten. Ist der Bund nur Unterflügel der Dynastien? nur Popanz, Schreckbild für die Völker? Dann braucht man keine Centralgewalt! Die Deputation spreche am Schluß ihres Berichts Folgendes aus: „Die Deputation hat am Schluß ihrer Berichterstattung aus innerster Ueberzeugung dankend der Worte zu gedenken, welche Sr. Maj. der König bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtags bezüglich der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg sprach, und die von Seiten Oesterreichs und Preussens der deutschen Bundesversammlung gemachte darauf bezügliche Vorlage als eine solche bezeichnete, welche einem von Allerhöchstdero Regierung wiederholt ausgesprochenen Wunsch nachgekommen sei. Diese Auffassung theilt gewiß jeder Deutsche mit dem innigen Wunsch, daß der Deutsche Bund die deutsch-dänische Angelegenheit nachdrücklich und würdevoll zur baldigen Erledigung bringen möchte, sowie es deutsches Recht und deutsche Ehre zu fordern berechtigt sind. Man darf sich wol der zuversichtlichen Erwartung hingeben, daß der Deutsche Bund in den neuesten Beschlüssen der dänischen Regierung eine Aufforderung mehr erblicken wird, dieses Ziel unbeirrt und mit verstärktem Nachdruck zu verfolgen. Diese Ansichten glaubt die Deputation gerade im gegenwärtigen Augenblick aussprechen zu müssen, und beantragt, daß, wenn solche, wie kaum zu bezweifeln, auch von der geehrten Kammer getheilt werden: die Kammer ihre Zustimmung zu Protokoll erkläre.“ Dieser Antrag sei gut, Sprecher könne jedoch nur bedauern, daß die Deputation es lediglich bei solchem Wunsche habe bewenden lassen. Nach dem Abg. Niesel erhebt sich Abg. Jungnickel und weist auf den früheren ständischen Antrag hin, nach dem eine Volksvertretung bei der deutschen Centralgewalt bewerkstelligt werden sollte. Sprecher glaubt heute auf diesen ältern Antrag zurückkommen zu müssen. Man müsse fragen, ob die Regierung sich nach Kräften bemüht habe, bei Wiederherstellung des alten Bundestags jener alten Anforderung Rechnung zu tragen. Abg. Georgi verteidigt die Deputation gegen den Abg. Niesel, da alles zu vermeiden gewesen sei, was eine Färbung von politischem Ueberbleibsel aus den Bewegungsjahren an sich trage. Staatsminister v. Weuß ergreift jetzt das Wort und verbreitet sich zunächst über den Schlusstheil des Berichts, der einer Gesinnung entspringe, welche die Staatsregierung vollständig theile und an passender Stelle kundgegeben habe. Mit ungeführter Einmüthigkeit verfolge die Regierung diese deutsche Angelegenheit im Sinne des Berichts. Was den Deutschen Bund dabei anlange, so gehe er seinen Weg, ohne sich durch Angriffe oder nur versteckte Weisung, ohne sich durch Ungeduld der Presse heizen zu lassen. Solche Stimmen könnten überhaupt nicht dazu beitragen, das deutsche Wohl zu fördern. Der deutsche Pessimismus verringere die Achtung des Auslandes vor dem Deutschen Bunde. Aber wundern dürfe man sich nicht, wenn der dänische Reichstag gravirliche Aeußerungen gegen die deutsche Grundverfassung bringe, da von der deutschen Presse diese selbst gebraucht würden. Der Deutsche Bund habe im gegenwärtigen Falle zunächst ruhig und gewissenhaft Rechtsfragen zu prüfen gehabt. Der Herzog von Holstein-Lauenburg sei als solcher ein deutscher Fürst, der in einer strengen, aber gerechten Weise vom Bunde behandelt werde, welche die Achtung des Auslandes bereits genieße. Die Frage sei sehr ernst. Pflicht jeder einzelnen Regierung sei es, den ruhigen Gang eines Weges der Gewissenhaftigkeit aufrecht zu erhalten. Auch die sächsische thue das. Was die sächsische Einwirkung auf die Bundesverhältnisse überhaupt betreffe, so sei man

dem St...
Frage d...
gehalten...
reits au...
möchte...
auch das...
Frage se...
Bund in...
fallen...
Bund...
schreien...
anfangs...
im Inn...
haltung...
Ein Bli...
anderw...
einschreit...
nickel au...
schendver...
losigkeit...
dieser A...
geschwie...
Stillschw...
Gedanke...
tionalen...
sichsen...
deutschen...
so trage...
Aufregun...
möglichste...
tretung...
also aber...
des Bun...
gehöre an...
eine — U...
dener Co...
sei unden...
beim De...
tisch. W...
Excutiva...
treten. ...
desgewalt...
einer mo...
gesehen v...
geordnet...
der Redn...
Deutschlan...
Kaisers n...
gionskläu...
kein Deut...
revolution...
erschütter...
Ruhe un...
und erhal...
wußte...
fragen...
genden...
nister auf...
und weise...
Jahrhund...
schmerzlich...
Zwiespalte...
händen...
sequent...
die für...
deutsches...
Stämme...
ner Insel...
Die Lang...
minister...
jährigen...
der Wehr...
der höchst...
gehabt, s...
gelegentl...
tracht, Ba...
Reich der...
zufrieden...
hier jedes...
die Regier...
hen für...
wahrt sich...
dieses...
dieses...
mehrern...

dem Staatsminister Georgi dankbar für die Beurteilung, welche das in Frage der internationalen Gesetzgebung von der sächsischen Regierung festgehaltene Streben von ihm erfahren. Wenn genannter Sprecher früher bereits ausgesprochen, daß man politische Sympathien und Antipathien fern halten möchte, wo es sich um Erledigung dieser materiellen Fragen handle, so sei auch das nur zu billigen. Die Einigung der beiden Zollgruppen, die in Frage sei, liege der sächsischen Regierung dringend am Herzen. Ueber den Bund im allgemeinen seien heute einige wenig erfreuliche kurze Worte gefallen. Die Kammer werde die Nibel'sche Anschauung nicht theilen. Der Bund könne die Grundbedingungen des deutschen Staatenbundes nicht überschreiten. Der Wiederzusammentritt der deutschen Bundesversammlung habe anfangs schwierige innere Konflikte zu überwinden gehabt, trotzdem jedoch im Innern bereits durch internationale Gesetzgebung, nach außen durch Erhaltung des Friedens für Deutschland in schwerer Zeit segensreich gewirkt. Ein Blick auf unsere eigenen Zustände gebe das Gefühl der Befriedigung; anderswo sei das nicht der Fall gewesen, und deshalb habe der Bund einschreiten müssen, was man hier und da getadelt. Wenn Abg. Jungnickel auf eine Vertretung des Volks beim Deutschen Bunde als wünschenswerth hingewiesen, so sei es vielleicht ausreichend, auf die Resultatlosigkeit der Dresdener Konferenzen in dieser Beziehung hinzuweisen. Sei dieser Antrag 1851/52 erneuert worden, so habe doch der Landtag 1854 geschwiegen. Indessen solle diese einfache Rückweisung nicht genügen; ein Stillschweigen könnte ein falsches Licht auf die Regierungen werfen. Der Gedanke, eine Mitwirkung der deutschen Ständekammern bei der internationalen Gesetzgebung des Bundes zu erzielen, sei noch heute von der sächsischen Regierung nicht aufgegeben. Habe man aber eine Vertretung des deutschen Volks bei Behandlung der politischen und Bundesfragen im Sinn, so trage die Erfahrung von 1848 nicht allein den Stempel allgemeiner Aufregung an sich, sondern beweise das Unzulängliche beabsichtigter Unmöglichkeiten. Eine starke Regierungsgewalt müsse jeder solchen Volksvertretung zur Seite stehen, um das Gleichgewicht zu erhalten. Wollte man also abermals politische Vertretung, so müsse man vor allem die Behörde des Bundes selbst umgestalten. Eine gesetzgebende, eine vollziehende Gewalt gehöre an die Spitze des Bundes bei solcher Anforderung, und das sei eine — Unmöglichkeit! Mit Ernst und Unparteilichkeit haben das die Dresdener Konferenzen nachgewiesen. Eine Unterordnung der beiden Großmächte sei undenkbar. Was sollten bei dem Mangel eines Budgets Volksvertreter beim Deutschen Bunde berathen? Die Idee, wie sie austausche, sei unpraktisch. Wollte man aber trotzdem aus Liebe zur Einheit dem Bunde eine Exekutivgewalt geben, so müsse jeder gewissenhafte Minister dem entgegen treten. In Republiken, wie in Amerika und der Schweiz, sei die Bundesgewalt in diesem Sinne möglich, in Deutschland würde solche nur zu einer moralischen Herabwürdigung des monarchischen Prinzips führen. Abgesehen von dem verfassungsmäßigen Eide, werde an sich schon jeder Abgeordnete hier dies nicht beabsichtigen. „Ist denn aber Deutschland“, fährt der Redner fort, „so unglücklich unter dem Deutschen Bunde? Wie stand Deutschland unter den sächsischen und fränkischen Kaisern? im Kampf des Kaisers mit den Fürsten! Wie stand es im 17. Jahrhundert? in Religionskämpfen; im 18. Jahrhundert? in Territorialstreitigkeiten. Jetzt kämpft kein Deutscher gegen den Deutschen mehr. Drei große Krisen, die Julirevolution, die Februarrevolution und der orientalische Krieg, die Europa erschüttert haben, sind für Deutschland friedlich vorübergegangen. Ehre, Ruhe und Frieden hat der Deutsche Bund den deutschen Völkern geschaffen und erhalten! Die sächsische Regierung steht mit dem Bunde stets im Bewußtsein ihrer Pflicht und kann ungeschert über alle hier einschlagenden Fragen Auskunft ertheilen.“ Abg. Jungnickel erwidert, daß er bei vorliegenden Thatsachen ein altes Lied singen müsse. Habe der Herr Staatsminister auf frühere deutsche Verhältnisse Rücksicht genommen, so thue auch er das und weise darauf hin, in welche engern Grenzen Deutschland von Jahrhundert zu Jahrhundert zurückgedrängt worden sei. Bleibe das schöne Elsaß nicht immer ein schmerzlicher Verlust? Woran habe der Fehler gelegen? An dem innern Zwiespalte der deutschen Länder! Jetzt sei leider ein gleicher Zeitpunkt vorhanden. Das Königreich Dänemark danische deutsche Völker, verfolge consequent sein antideutsches Ziel. Trotz der Tapferkeit der deutschen Truppen, die für ihr Vaterland gestritten, schreite Dänemark rüstig vor, vertilge deutsches Recht und deutsche Sprache, sichere sich nach und nach die deutschen Stämme. Unsern Nachkommen werde es eine Chimäre sein, daß ein kleiner Inselstaat wie Dänemark dem großen Deutschland Trost bieten konnte! Die Langmuth Deutschlands müsse nun zu Ende gehen, die vom Staatsminister hervorgehobene „Ungebild“ widerlege sich durch den zehnjährigen Zeitraum der Geduld und ein noch längeres Bögen lasse an der Wehrhaftigkeit des Bundes zweifeln. Habe Sachsen in Paris in der höchst fern liegenden orientalischen Frage eine bedeutende Stimme gehabt, so könne man dasselbe doch vor allem in einer deutschen Angelegenheit verlangen. Möchte Deutschland fernerhin das Band der Eintracht, Vaterlandsliebe und Treue darbieten, und möchte der Bund das schöne Reich der Zukunft ungeschmälert überliefern! Abg. v. Griegern ist völlig zufrieden mit den Aeußerungen des Herrn Staatsministers. Schwierig sei hier jedes Walten. Was z. B. das bürgerliche Gesetzbuch anlangt, so habe die Regierung sich deutschthümlich beschieden, das Zustandekommen eines solchen für Sachsen im Interesse Deutschlands verzögert zu sehen. Abg. Georgi wahrt sich gegen einen anscheinenden Widerspruch seiner früheren mit den jetzigen Aeußerungen; die Rede des Herrn Ministers sei von Unschuldbildung dieses Widerspruchs nicht frei gewesen. Der politische Antagonismus sei vor mehreren Jahren einer Zollvereinigung entgegengetreten. Ob die sächsische Re-

gierung damals selbst politische oder nur materielle Zwecke verfolgt habe, möge dahingestellt bleiben. Sprecher für seine Person sei stets Gegner der Einmischung politischer Interessen in materielle Fragen gewesen. Abg. Nibel muß nach wie vor wünschen, daß das Herz der Deputation noch wärmer geschlagen haben möchte. Wenn der Staatsminister erwähnt, daß der Deutsche Bund sich durch keine Unruhe habe auf seinem Wege beirren lassen, so müsse man vollkommen einstimmen; denn es habe der Deutsche Bund jahrelangen Hülfserufen und Anregungen in dieser Sache kein Ohr geschenkt. Gegen den abgeleiteten Verfassungskonflikt widerstritten deutsche Ansichten ebenfalls nicht. Abg. Mittner hofft, daß der Deutsche Bund bei Einigung der materiellen Interessen Deutschlands nicht vergeffen möge, daß man auf solche Weise zu politischer Einigkeit wenigstens, wenn auch nicht zur Einheit gelangen müsse. Nicht nur die deutsche Presse, sondern jeder deutsche Mann sei ungeduldig hinsichtlich der deutschen politischen Einheit. Wenn der Deutsche Bund Achtung des Auslandes anstrebe, so möge er auch das Vertrauen im Innern zu erreichen suchen. Abg. Falcke ist sich bewußt, das allerbescheidenste Maß an die Staatsregierung gestellt zu haben, und wünscht, daß es von letzterer erkannt werde. Abg. Jungnickel glaubt, daß eine Umgestaltung des Bundes keine antimonarchische zu sein brauche; man habe sich ja früher damit einverstanden erklärt; nur die Ausgeschlossenheit eines Gehörs, welche durch die Rede des Ministers in ihm jetzt erzeugt worden, halte ihn von Stellung eines anfangs beabsichtigten Antrags ab. Staatsminister v. Beust berichtet ein paar Mißverständnisse; was aber die Hauptsache anlangt, so handle es sich jetzt vor allem darum, den Erfolg des jetzt gefassten Bundesbeschlusses, den Verlauf der Dinge abzuwarten. Dem Abg. Georgi spricht der Minister in aller Beziehung Anerkennung aus; dem Abg. Nibel wird ein anderer Begriff von „Ungebild“ aufgestellt, auch die Thätigkeit des Deutschen Bundes in anderes Licht gesetzt. Die deutsche Einheit der deutschen Regierungen sei durch den Bund immer aufrecht erhalten worden, so unter anderem 1840, wo schlimme nachbarliche Ansprüche zurückgewiesen worden seien. (Rheingelüste des Hrn. Thiers?) Einheit sei ein unklarer Begriff; oder er sei ein klarer, führe aber als letzterer dahin, wohin ein gewissenhafter, seines Schwurs eingedenk Minister nicht folgen könne! Nachdem Referent Poppe noch im Interesse des Deputationsberichts gesprochen, bewilligte die Kammer bei Pos. 75 a einstimmig 11,000 Thlr. zur Unterhaltung der deutschen Centralgewalt, dagegen das Mehrpostulat von 1000 Thlrn., auf welches auf den Antrag des Abg. Nibel ein besonderer Antrag gestellt worden war, nur gegen 9 Stimmen. Pos. 75 b zur Dotation der Bundesfestungen und zu allgemeinen Bundeszwecken wurde einstimmig mit 11,000 Thlrn. (wie früher) genehmigt. Pos. 75 c forderte früher einen matricularmäßigen Beitrag zum Bau der Festungen Ulm und Rastatt von 12,000 Thlrn., kommt aber für jetzige Finanzperiode in Wegfall, da die Regierung unverwendet gebliebene Ausgabeposten nachgewiesen hat, die hier ausreichen und mit Bewilligung der Stände verwendet werden sollen. Die oben besprochene, von der Deputation beantragte Erklärung wird von der Kammer zu Protokoll gegeben, und schließlich bringt der Präsident ein dreimaliges Hoch auf den König auf Grund berühmter Aeußerung in der Thronrede aus.

Leipzig, 17. Febr. In der heutigen Sitzung des hiesigen Bezirksgerichts stand ein Kleiderdieb vor der Barre. Ein hiesiger Schneidergeselle hatte am Abend des 10. Jan. das Livoli besucht, daselbst seinen Ueberzieher auf einen Stuhl gelegt, einem Kameraden die Ueberwachung desselben aufgetragen und sich hierauf in den Saal begeben. Der Kamerad bemerkte, wie sich ein Unbekannter in der Uniform der thüringischen Eisenbahnbeamten neben den Stuhl setzte, auf welchem der Rock lag und in Betrachtungen versunken seinen Arm gedankenlos auf den letztern legte. Kaum hatte der Hüter des Rockes seinen Blick auf wenige Minuten nach einer andern Seite gewendet, so war Rock und Unbekannter verschwunden. Er suchte im ganzen Saal vergeblich, er erkundigte sich beim Portier, auch dieser wußte nichts zu sagen, er lief auf die Straße und siehe, da marschirte der Eisenbahner eben in starken Schritten nach der Stadt zu und war im Gehen bemüht, mit seinen Armen in den viel zu engen Ueberzieher zu fahren. Als er hinter sich her das Geschrei des Bestohlenen hört, beschleunigt er seine Schritte, wirft hierauf den Rock weg und flüchtet in die Höhe Straße, wird aber aufgehalten und auf das Polizeiamt gebracht. Obgleich nun der Unbekannte, welcher in der Person des Bahnwärters Christian Friedrich Brodtaus in Möckern heute vor Gericht stand, selbst zugestehen mußte, daß er an jenem Abende im Livoli gewesen und auf dem Nachhausewege von einem Herrn mit dem ihm unbegreiflichen Ansinnen beauftragt worden sei, seinen Rock auszugeben, auch auf Veranlassung dieses Herrn mit auf die Wache gegangen sei, so behauptete er doch seine Unschuld selbst da noch, als er von dem Wächter des Rockes sowie zwei andern Zeugen, die ihn hatten fliehen, den Rock wegwerfen und dann festnehmen sehen, mit Bestimmtheit recognoscirt wurde. Er wurde wegen dieses Diebstahls sowie wegen der ganz ähnlichen Entwendung eines Burnus, welchen man bei der Ausfuchung in seiner Wohnung fand und welcher sich als kurz zuvor im Odeon entwendet herausstellte, zu fünf Monaten Arbeitshaus verurtheilt.

Leipzig, 18. Febr. Das Tageblatt berichtet: „In einem auf der Ritterstraße gelegenen Hause war heute Nachmittag die zwischen dem ersten Stock und dem Parterre befindliche Balkenlage in Brand gerathen. Durch die eiligst herbeigerufene Lösch- und Spritzenmannschaft wurde der Brand bald gelöscht, welcher, wenn er nicht rechtzeitig bemerkt worden wäre, leicht einen bedeutenden Schaden hätte anrichten können. Die Veranlassung ist noch nicht festgestellt; doch dürfte dieselbe wol darin zu suchen sein, daß in

der ersten Etage ein Ofen in zu geringer Entfernung vom Fußboden ge-
setzt und das unter demselben befindliche Estrich schadhast geworden war."

* Leipzig, 19. Febr. Eben geht uns die verbürgte Mittheilung zu,
dass der Nachfolger Großmann's, Dekan Lechler, von der theologischen
Facultät zu Göttingen am 6. Febr. — dem Tage seiner hier erfolgten Wahl —
honoris causa in Anerkennung seiner Verdienste um die theologischen Wis-
sensschaften, insbesondere um die ältere wie neuere Kirchengeschichte zum Doc-
tor der Theologie ernannt worden ist.

Neuere Nachrichten.

* Paris, 18. Febr. (Telegraphische Depesche.) Es ist heute offi-
ciell bekannt gemacht, dass der Disconto der Bank von Frank-

reich auf 4 Proc. herabgesetzt worden ist. Man versichert,
dass Portefeuille der Bank habe sich beträchtlich vermehrt. An
der Börse ist die Stimmung zwar sehr fest, doch werden nur
wenig Geschäfte gemacht.

* London, 18. Febr. (Telegraphische Depesche.) In der gestrigen
Unterhaus-Sitzung ging die zweite Lesung von Trevelney's
Bill, die Abschaffung der unter dem Namen Churches rates
bekannten Abgabe anlangend, mit 213 gegen 160 Stimmen
durch. Diese Majorität war eine regierungsfreundliche. Die
Ostindische Compagnie hat ein Dankvotum für Lord Ganning
beschlossen.

Handel und Industrie.

Börsenberichte.

Berlin, 18. Febr. Fonds und Geld. Freiw. Ant. 100 1/2 bez.; Präm.-Ant. 113 1/2
Br.; Staatsschuld-Sch. 84 1/2 bez.; Seehandl.-Pr.-Sch. —; Fdr. —; Vdr. 109 1/2 bez.
Ausländische Fonds. Poin. Schag-Dbl. 82 1/2 G.; Poin. Pfdbr. neue 87 1/2 — 1/2
bez.; 500-Rl.-Loose 86 Br.; 300-Rl.-Loose 92 1/2 G.

Bankactien. Preuß. Bankact. 138 bez. u. Br.; Berl. Kassenverein 118 1/2 Br.;
Braunschweig. Bankact. abgest. 109 1/2, etw. bez.; Weimar. 102 1/2 — 1/2 bez. u. Br.; No-
stocker —; Seraer 87 Br.; Thüringer 79 etw. bez. u. Br.; Gothaer 86 1/2 Br.; Hamb.
Norddeutsche 80 1/2 G.; Vereinsbank 95 Br.; Hannoversche 100 1/2 Br.; Bremer 105
bez. u. Br.; Luxembur-ger 86 Br.; Darmstädter Zettelbank 89 1/2 G.; Darmst. Credit-
bank 99 1/2 — 101 1/2 bez. u. Br.; Leipziger 79 1/2 etw. bez. u. G.; Reininger 84 1/2 G.;
Koburger 71 G.; Dessauer 53 — 1/2 bez. u. Br.; Moldauische Landesbank —; Dester.
124 1/2, 125 1/2 — 124 1/2 bez.; Genfer 57 — 56 1/2 bez. u. Br.; Disc.-Commanditanten
106 1/2, etw. — 106 bez. u. Br.; Berl. Handelsgesellsch. 85 1/2, bez. u. G.; Schlesischer
Bankverein 85 1/2 — 1/2 bez.; Preuß. Handelsgesellsch. 80 1/2 Br.; Waaren-Gr.-G. 96 1/2
bez.; Gef. f. Fbr. v. Eisenbdf. 3 1/2 bez.; Minerva-Bergwerksact. 79 1/2 bez.; Dess.
Cont.-Casact. 102 Br.

Eisenbahnactien. Berlin-Anhalt 123 bez. u. Br., Pr.-Act. 91 G.; Berlin-Ham-
burg 108 1/2 G., Pr.-Act. 102 1/2 G.; Berlin-Potsdam-Magdeburg 136 1/2 G., Pr.-
Act. Lit. A. u. B. 89 1/2 Br., C. 98 1/2 bez., D. 98 bez.; Berlin-Stettin 117 bez., Pr.-Act.
98 1/2 G.; Köln-Minden 148 — 1/2 bez. u. G., Pr.-Act. 101 1/2 G., II. Em. 5pc. 102 1/2
bez., 4pc. 87 1/2 Br., III. Em. —, IV. Em. 86 1/2 bez.; Kofel-Oderberg (Witb.) 56
bez., Pr.-Act. 84 1/2 bez.; Düsseldorf-Elsfeld —, Pr.-Act. 85 G.; Magdeburg-Wit-
tenberge 38 1/2 Br., Pr.-Act. 91 1/2 G.; Fr.-B.-Nordb. 56 1/2 — 7/8 bez. u. G., Pr.-Act.
98 1/2 G.; Oberschles. Lit. A. 138 1/2 — 139 1/2 bez., B. 128 1/2 G.; Rheinische alte —
neue 91 Br., neuere 88 G., St.-Pr.-Act. —, Pr.-Dbl. 86 Br.; Halle-Thüringer 123 1/2
bez., Pr.-Act. 100 bez.

Wechsel. Amsterdam f. 142 1/2 bez., 2 M. 142 bez.; Hamburg f. 151 1/2 bez., 2 M. 151
bez.; London 3 M. 6. 19 1/2 Br.; Paris 2 M. 79 1/2 bez.; Wien 2 M. 95 1/2 bez.; Augs-
burg 2 M. 102 bez.; Leipzig 8 Tg. 99 1/2 bez., 2 M. 99 1/2 bez.; Frankf. a. M. 56. 26
bez.; Petersburg 97 1/2 G.

Greslau, 18. Febr. Dester. Bankn. 97 1/2 Br.; Oberschl. Act. Lit. A. 139 1/2 Br.,
B. 128 1/2 Br.; C. 139 1/2 Br.

Hamburg, 17. Febr. Hamburg-Bergedorfer — Br., 126 G.; Berlin-Hamburger
— Br., 108 G.; Altona-Kieler 116 1/2 Br., — G.; Span. Inf. 3pc. 35 1/2 Br., 35 1/2
G.; Span. Anf. 1 1/2 pc. 25 Br., 25 G.; London —.

Frankfurt a. M., 18. Febr. Nordb. —; Ludwigshafen-Berbach 145 1/2 Br. (ohne
Div.); Frankfurt-Hanau 83 1/2 Br., 1/2 G. (ohne Div.); Frankf. Bankact. 113 1/2 G.
(ohne Div.); Dester. Nationalbankact. 111 — 112 bez. u. G. (ohne Div.); 5pc. Met.
76 1/2 G.; 4 1/2 pc. Met. 68 1/2 Br.; 1834er Loose —; 1839er Loose 127 1/2 Br.; bad. 50-
Rl.-Loose 86 1/2 G.; kurbess. Loose 41 1/2 Br.; 3pc. Spanier 37 1/2 Br.; 1 1/2 pc. 26 1/2 G.;
bez. u. G.; Wien 112 1/2 — 113, 112 1/2 bez.; London 116 1/2 G.; Amsterd. 100 1/2 Br.;
Disc. 3 Pr.

Wien, 18. Febr. 5pc. Met. 82 1/2; Nationalanf. 85 1/2; do. 4 1/2 pc. —; 1839er
Loose 133; 1854er Loose 108 1/2; Bankact. —; Französisch-Dester. Eisenbahnact. —;
Nordb. 1873 1/2; Elisabethbahn —; Theißbahn —; Donaudampfschiffahrt —; Cre-
ditbank 258 1/2; Augsburg 106 1/2; Hamburg 78; Frankfurt 105 1/2; London 10. 18;
Paris 123 1/2; Gold 108.

Paris, 17. Febr. Consols von Mittags 12 Uhr waren 96 1/2 gemeldet. Die
3pc. Rente begann mit 70. 15. Als Credit-mobilier auf die Nachricht, dass Emil
Pereire krank sei, bedeutend herunterging und dies ein momentaness Fallens sämt-
licher Effecten nach sich zog, wich die 3pc. Rente auf 69. 90, schloß aber belebt und
fest zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 97 1/2 eingetroffen. Schluss-
course: 3pc. Rente 70. 15; 4 1/2 pc. 96; Credit-mobilieract. 890; Span. 3pc. 37 1/2;
1pc. 26 1/2; Silberanf. —; Französisch-Desterreichische Staatsbahnact. 760; Lom-
bard. Eisenbahnact. 638; Franz.-Josephsbahn 486.

London, 17. Febr. Silber —. Consols 97 1/2; Spanier 1pc. 26 1/2; Mexica-
ner 20 1/2; Sardinier 90 1/2; Russen 5pc. 111 1/2; 4 1/2 pc. 99 1/2.

Getreidebörsen. Berlin, 18. Febr. Weizen 48 — 63 Thlr. Roggen loco 36 1/2
— 1/2 Thlr. bez., Febr. 36 1/4 — 35 1/2 Thlr. bez., 1/2 Br., 1/2 G.; Febr./März 35 1/4 —
1/2 Thlr. bez., Br. u. G.; Frühjahr 35 1/4 — 1/2 Thlr. bez., Br. u. G.; Mai/Juni 36 —
35 1/2 Thlr. bez., Br. u. G. Hafer 28 — 30 Thlr.; Frühjahr 27 1/2 — 1/2 Thlr. bez.,
Rübel loco 11 1/2 Thlr. bez., 1/2 Br.; Febr. u. Febr./März 11 1/2 — 1/2 Thlr. bez. u. Br.,

1/2 G.; März/April 11 1/2 Thlr. bez. u. Br., 1/2 G.; April/Mai 11 1/2 — 1/2 Thlr. bez.
u. G., 1/2 Br. Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 Thlr., mit Faß 16 1/2 Thlr. bez., Febr.
u. Febr./März 17 Thlr. Br., 16 1/2 G.; März/April 17 1/2 — 17 Thlr. bez., 1/2 Br.,
17 G.; April/Mai 17 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Br. u. G.; Mai/Juni 18 — 1/2 Thlr. bez.,
Br. u. G.; Juni/Juli 18 1/2 Thlr. bez., Br. u. G.

Weizen fest. Roggen loco unverändert, Termine anfangs billiger eröffnend, schlie-
ßen fester; gekündigt 100 Weizen. Rübel fest, Preise unverändert; gekündigt 100
Ctr. Spiritus loco und Termine bei stillem Geschäft anfangs fest, schließt etwas
matter; gekündigt 10,000 Quart.

Greslau, 18. Febr. Weizen weißer 54 — 66 Sgr.; gelber 53 — 64 Sgr. Roggen
38 — 42 Sgr. Gerste 33 — 38 Sgr. Hafer 28 — 33 Sgr. Spiritus per Eimer zu 60
Quart bei 80 Proc. Eralles 6 1/2 Thlr. G.

Stettin, 18. Febr. Weizen 56 — 60; Frühjahr 60. Roggen 34 1/2 — 35 bez., Früh-
jahr 34 1/2 Br., 34 G.; Mai/Juni 35; Juni/Juli 36 G. Spiritus 22 1/2, Frühjahr 21
bez., Rübel 11 1/2, April/Mai 11 1/2.

Leipziger Börse am 19. Febr. 1858.

Staatspapiere etc.	Ange- boten.	Ge- sucht.	Eisenbahn-Actien.	Ange- boten.	Ge- sucht.
Königl. Sächs. Staatspapiere			Alberts-		70
v. 1830 v. 1000 u. 500 fl. 3%		88	Altona-Kieler-		
kleinere		83 1/2	Berlin-Anhalter-		
v. 1855 v. 100 fl.	99 1/4		Berlin-Stettiner-		
1847 v. 500	99 1/4		Chemnitz-Wärschneider-		
1852 v. 1855 v. 500 fl.	99 1/4		Frd.-Wilh.-Nordb.-		
v. 100	100		Köln-Mindener-		
1851 v. 500 u. 200 fl. 4 1/2%	101 1/2		Leipzig-Dresdner-	287	
Act. d. ehem. Sächs.-Schles. Ei- senb.-Co. 100 fl. 4%	100 1/4		Leipzig-Zittauer-	57	
Königl. Sächs. Landrentenbriefe		86 3/4	Löbau-Zittauer-	81	
v. 1000 u. 500 fl. 3 1/2%			Magdeburg-Leipziger-	252	
kleinere			Oberschlesische-		
Leipziger Stadt-Obligationen			do.		
v. 1000 u. 500 fl. 3%			do.		
kleinere		99	do.		
do.		99	Thüringische-	123 1/2	
Sächsische erbl. Pfandbriefe					
v. 500 fl.	86 1/4				
v. 100 u. 25	91 1/4				
v. 500 fl.					
v. 100 u. 25					
v. 500 fl.		99 1/4			
v. 100 u. 25	100				
lausitzer Pfandbr. 3%	86				
do. do.		100			
do. do.					
K. Pr. Steuere-Credit-Kassenssch.		87 1/4			
v. 1000 u. 500 fl. 3%					
kleinere					
Präm.-Anf. v. 1855 3 1/2%					
do. do.					
K. K. Oest. Mot.		80			
do. do.		80			
do. do. Nat.-Anf. v. 1854	83				
do. do. Loose v. 1854					
Eisenbahn-Prior.-Oblig.					
Berlin-Anhalter		97			
do.					
Leipzig-Dresdner	102				
do. do. Anleihen v. 1854	98 1/2				
Magdeburg-Leipziger	94 1/4				
do. do.	100 1/2				
Oesterreichisch-Französisch		100			
Thüringische		96 1/2			
do. IV. Emis. 4 1/2%					

Sorten.	Ange- boten.	Ge- sucht.	Wechsel.	Ange- boten.	Ge- sucht.
Kronen (Veroin's-Handels-Gold- münze) 1/20 Zollpf. Brutto u. 1/20 Zollpf. fein per Stück		9. 4 1/4	Amsterdam pr. 250 Ct. n.	143 1/2	
Augustinor à 5 fl. Agio auf 100 Pr. Friedr. or. à 5 fl.			Augsburg pr. 150 Ct. n.		102 1/2
Andero ausländische Louisdor à 5 fl. Agio auf 100 Kais. russ. wicht. halbe Imper. à 5 Rb. per Stück		9 1/4	Berlin pr. 100 fl. Pr. Ct.		99 1/2
Holländ. Duc. à 3 fl. auf 100 Kais. do. do. do. Breslau do. do. do. Passir-Duc. do. do. do. Conv.-Spec. u. Gulden do. do. 10 u. 20 Kr. do.		5. 13 1/4 4 1/2 4 1/2 — — —	Bromen pr. 100 fl. Louisd.-	109 3/8	
Gold per Zollpf. fein		25 1/2	d'or à 5 fl.		99 1/2
Silber		29 1/2	Breslau pr. 100 fl. Pr. Ct.		99 1/2
Wiener Banknoten		96 1/2	Frankfurt a. M. pr. 100 Fl.		57 1/2
Diverse ausl. Kassenanw. A. u. 5 fl. do. do. do.		98 3/4	in S. W.		—
Ausländ. Banknoten, für welche hier keine Auswechslungs- kasse besteht		99 1/4	Hamburg per 300 Mk. Bec.	152	
			London pr. 1 Pf. St.		—
			Paris per 300 Fros.		80 1/4
			Wien per 150 Fl. im 20		96 3/4
			Fl.-Puss		95 3/4

* Leipz
Schrift,
G. W. E
ziehung
Ausbildung
Buch ein
wie des
den Stan
er ist ein
die Heran
stimmungs
Erziehung
Lebenskrä
und rein
schöpferisch
nach Berch
festem edel
des Mensch
Eingelen
Geschlechte
fällt sonac
bis fünfte
siebzehnte
beit ist off
schenlebens
Kopf. Sie
Grunde h
sich über
und Ausdr
Holzschnit
Verfasser
doch jedem
schenwohl
selbst mit

B Leipzi
ereigniß de
phonie. S

Anzeigen
Ode
welcher aus
Publitum al
Düngstoff üb
M
frei ab Gan
[453—60]
Tagesordnun
Einlaß
neral-Verfan
Sonder
[506]
In der U
5 m
In diesen
geachtete Berf
für den Sprac
schen Einleitun
treue deutsche
Stad
Spiel in 1 M

• Leipzig, 19. Febr. „Kallipädie oder Erziehung zur Schönheit“ heißt eine Schrift, die unlängst von dem als Orthopäden rühmlich bekannten Dr. med. D. S. W. Schreiber (Leipzig, Fr. Fleischer, 1858) veröffentlicht worden ist. Die Erziehung zur Schönheit hat in diesem Werke den weitern Sinn einer harmonischen Ausbildung aller einzelnen Seiten des Menschen, und in der That gewährt das Buch eine vollständige Erziehungslehre, indem es sich die Berechtigung des physischen wie des geistigen Menschen zur Aufgabe stellt. Der Verfasser vereinigt demnach auch den Standpunkt des Physiologen und des Psychologen, oder mit andern Worten: er ist ein wahrhaft philosophischer Pädagog. Als das Ziel der Erziehung gilt ihm die Heranbildung des jungen Menschen zum vollendeten Meister in der Kunst, bestimmungsgemäß zu leben. Aus diesem höchsten Gesichtspunkt resultiren fünf oberste Erziehungsgrundsätze: Ausbildung des Körpers zu schöner edler Form und fester Lebenskräftigkeit; Ausbildung des Gemüths zu voller edler Wärme des Gefühls und reinsten Liebe; Ausbildung der Denkkraft zur Klarheit, Selbstständigkeit und schöpferischer Thätigkeit, zur innigen Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten nach Verhältnis der mutmaßlichen Lebensstellung; Ausbildung des Charakters zu festem edeln Willen; Ausbildung der vollen Harmonie aller dieser einzelnen Seiten des Menschen. Die praktische Durchführung dieser theoretischen Grundsätze im Einzelnen erfolgt sodann, indem der Verfasser den jungen Menschen nach beiden Geschlechtern und in allen Phasen des Jugendlebens betrachtet. Das Werk zerfällt sonach in vier große Abschnitte: Erstes Lebensjahr: Säuglingsalter; zweites bis fünftes Lebensjahr: Spielalter; achtes bis sechzehntes Lebensjahr: Jünglings- und Jungfrauenalter. Die Arbeit ist offenbar die Frucht einer langjährigen Durchforschung des gesammten Menschenlebens und verräth den scharfen Beobachter wie den philosophisch gebildeten Kopf. Sie hat vor allen Schriften dieser Art den großen Vorzug, daß sie aus dem Grunde humaner Bildung für den praktisch-humanen Zweck unternommen ist und sich über alle religiösen oder politischen Parteibestrebungen erhebt. Darstellungsweise und Ausdruck sind edel, einfach und klar, und das Verständnis wird durch 72 als Holzschnitte in den Text eingedruckte Abbildungen wesentlich gefördert. Wiewol der Verfasser zunächst für Aeltern, Lehrer und Erzieher geschrieben, kann sein Buch doch jedem mit Wärme empfohlen werden, dem das individuelle und sociale Menschenwohl am Herzen liegt oder als Aufgabe gilt, und Erwachsene dürften es selbst mit großem Nutzen für ihre eigene Erziehung und Berechtigung lesen.

B Leipzig, 19. Febr. Achtzehntes Gewandhausconcert. Das Hauptereigniß des gestrigen 18. Concerts war Franz Schubert's begeisterte C-dur-Symphonie. Sie wurde prachtvoll executirt und erfuhr nur durch ein Versetzen des

Horns im zweiten Satz eine kleine Trübung. So wie sie (die Symphonie) den Schluß des Concerts bildete, so bildete Mendelssohn's reizende Melusine-Duverture den Anfang, wurde aber unbegreiflicherweise nur sehr kühl aufgenommen. Die Sängerin des Abends war Frä. Jenny Meyer aus Berlin, die in den Arien „Ach, nur einmal noch im Leben“ (Deh per questo istante solo) aus Mozart's „Titus“ und „Pensa alla patria“ aus Rossini's „Italienerin in Algier“ meist recht Schätzenswerthes bot, bis auf ein jeweiliges Zubohrsingen und bis auf ein ganz merkwürdiges Verschleppen der Passagen im Allegro der Rossini'schen Arie. War das schon an und für sich allem, an dieser Stelle absolut nothwendigen Bravourmäßigen entgegen, so noch mehr dem Texte: Nel periglio del mio bene coraggiosa amor mi fa. Die Stelle klang, in der Art und Weise, wie sie Frä. Meyer sang, weit mehr nach Jaghaftigkeit als nach Ruth. Hr. Friedrich Gräbner feierte als Violoncellspieler wieder einen wahren und verdienten Triumph. Nach technischer und physischer Seite hin war sein Vortrag ein ganz meisterhafter und namentlich wird es in ersterer (technischer) Beziehung in Deutschland wenige Cellisten geben, die es ihm gleichthun an virtuoser Ueberwindung der gewagtesten Schwierigkeiten. Das Stück, welches er vertrat, war ein neues Concert seiner eigenen Composition. Wir fanden darin eine höchst dankbar gehaltene Principalstimme, eine wohlgeklungene Form und ansprechende Ideen. In der Durchführung der letztern, vornehmlich im ersten und letzten Satz, wäre vielleicht etwas mehr Ungefügigkeit und Natürlichkeit am Plage gewesen, und die Sorgsamkeit des Aus- und Fortspinnens hätte sich nicht bloß auf so kleinen Abschnitt der resp. Themaperioden erstrecken müssen. Dadurch, daß man immer nur ein kleines Stück, eine Floskel, in verschiedenen Lagen und Orchestermischungen zu hören bekam, erhielt das Ganze der genannten Sätze das Ansehen von Zerstückelung, und die Aufmerksamkeit wurde, nur zu Gunsten, wie gesagt, von geringfügigen Themaabschnitten in der Begleitung, von der Solostimme abgezogen, ja im letzten Satz erschien diese sogar förmlich ekklipsirt von den thematischen Andeutungen des Orchesters. Das Adagio ist ein gut empfundener Satz voll schöner cantabler Momente und hat uns am meisten behagt.

• Die Blumenfabrikation in Frankreich ist durch Anwendung des Collodiums zur Anfertigung der Blätter, die bisher von gepreßtem Papier und Seide gemacht wurden, um einen wichtigen Stoff bereichert worden. Das Collodium gibt den Blättern eine außerordentliche Biegsamkeit und eignet sich zugleich besser als jeder andere Stoff zur genauesten Nachbildung der feinsten Einzelheiten natürlicher Blätter. Man macht in Paris, wie der Moniteur versichert, jetzt künstliche Blätter, die so täuschend sind, daß sie das geübte Auge des Botanikers auf den ersten Blick täuschen können.

Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Querstraße, Nr. 8) und Dresden (bei C. Höckner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Odams — englischer Patent-Blütdünger,

welcher aus aufgelösten Knochen und einer großen Quantität reinen Blutes besteht, ist dem Ackerbau treibenden Publikum als das anerkannt vorzüglichste Düngemittel zu empfehlen, welches auch den Guano durch reichhaltigeren Düngstoff übertrifft.

Korn-Blütdünger, 3 Thlr. Pr. Crt. pr. 100 Pfd.,
Rüben-Blütdünger, 2 1/2 „ „ „ „ „ 100 „

frei ab Hamburg, ist nur ächt zu haben in der alleinigen Niederlage für Deutschland bei

Zurhelle & Elster in Hamburg.

[458—60]

Thüringische Bank.

General-Versammlung

Montag, den 22. März d. J., Vormittags 11 Uhr,
im Saale des hiesigen Schützenhauses.

- Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht des verflossenen Jahres,
2) Statutenmäßige Neuwahl von vier Mitgliedern des Verwaltungsrathes,
3) Antrag auf Restituierung von fünf s. J. wegen unterlassener Einzahlung annullirter Interims-Actien,

Einlaßkarten nebst Stimmzettel werden den Berechtigten am 20. März sowie am Tage der General-Versammlung, Morgens 9 bis 11 Uhr, im Banklocale ausgehändigt.

Sondershausen, den 18. Februar 1858.

Der Verwaltungsrath.
H. Bach, Vorsitzender.

[506]

Verlag von J. A. Brockhaus in Leipzig.

Die Gesetze der Angelsachsen.

In der Ursprache mit Uebersetzung, Erläuterungen und einem antiquarischen Glossar
herausgegeben von

Dr. Reinhold Schmid.

Zweite, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage. 8. Geh. 6 Thlr. 15 Ngr.

In diesem seit vielen Jahren vorbereiteten Werke bietet der als sprachkundiger Rechtshistoriker allgemein geachtete Verfasser eine neue, vervollständigte kritische Bearbeitung der für den Rechtshistoriker wie für den Sprachforscher hochwichtigen Gesetze der Angelsachsen. Dieselbe enthält nach einer historisch-kritischen Einleitung sämtliche angelsächsische Texte mit Varianten, die alten lateinischen Versionen, eine wortgetreue deutsche Uebersetzung nebst erklärenden Anmerkungen und ein umfassendes antiquarisches Glossar. [510]

Stadt-Theater.

Spiel in 1 Aufzuge von Alexander Wilhelm.

Sonnabend, 20. Febr. **Karl XII. auf Rügen.** Historisches Lustspiel in 4 Acttheilungen, nach dem Englischen des Planche von L. W. Boib. — **Er hat Recht.** Lustspiel (108. Abonnements-Vorstellung.)

Stets vorräthig sind zu dem billigen Preise von 15 Sgr. bei Unterzeichneter:
Langbein, A. S. G., Gedichte. 2 Theile in einem Bande. Eleg. gebunden.

[492—94] **Rossberg'sche Buchhandlung in Leipzig.**

Leipziger Tageskalender.

Abfahrt u. Ankunft der Dampfwagen in Leipzig.

- Auf der Säch.-Bayerischen Staats-Eisenbahn:** A. Abf. Wrgns. 5 u., Wrgns. 7 u. 30 W., Vorm. 11 u., Nachm. 2 u. 30 W., Abds. 6 u. 30 W. — Anf. Wrgns. 8 u. 5 W., Nachm. 12 u. 20 W., Abds. 5 u. 15 W., Abds. 8 u. 35 W. u. Abds. 9 u. 15 W.
- Auf der Leipzig-Dresdner Eisenbahn:** A. Nach Berlin: Abf. Wrgns. 5 u., Nachm. 2 u. — Anf. Nachm. 1 u., Abds. 8 u., Abds. 9 u. 45 W. — B. Nach Dresden: Abf. Wrgns. 6 u., Wrgns. 8 u. 45 W., Nachm. 2 u., Abds. 6 u. 30 W., Nachts. 10 u. — Anf. Wrgns. 6 u. 45 W., Brm. 10 u., Nachm. 1 u., Abds. 5 u. 45 W., Abds. 9 u. 45 W.
- Auf der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn:** A. Nach Berlin: Abf. Wrgns. 3 u., Wrgns. 8 u. 45 W., Abds. 5 u., Abds. 6 u. (bis Wittenberg.) — Anf. Brm. 11 u. 50 W., Nachm. 12 u. 30 W. (aus Wittenberg), Abds. 5 u. 45 W., Abds. 8 u. 30 W., Nachts. 11 u. 45 W. — B. Nach Magdeburg: Abf. Wrgns. 7 u., Wrgns. 7 u. 30 W., Mitt. 12 u., Abds. 6 u., Abds. 6 u. 30 W. (bis Cöthen), Nachts. 10 u. — Anf. Wrgns. 7 u. 30 W. (aus Cöthen), Wrgns. 8 u. 35 W., Nachm. 12 u. 30 W., Nachm. 2 u. 15 W., Abds. 8 u. 30 W., Abds. 9 u. 30 W., Nachts. 11 u. 45 W.
- Auf der Thüringischen Eisenbahn:** Abf. Wrgns. 4 u. 45 W., Wrgns. 7 u. 50 W., Vorm. 10 u. 55 W., Nachm. 1 u. 20 W., Abds. 6 u. 50 W. (nur bis Gotha), Nachts. 10 u. 35 W. — Anf. Wrgns. 4 u., Wrgns. 7 u. 50 W. (von Erfurt), Nachm. 1 u., Nachm. 4 u. 35 W., Abds. 6 u., Abds. 9 u. 30 W.

Bibliotheken: Universitäts-Bibliothek, 11—1 Uhr.

Stadt-Bibliothek, 2—4 Uhr.

Zoologisches Museum (im Augusteum) 10—12 Uhr.

Telegraphen-Bureau, Postgebäude 3 Tr., geöffnet Tag und Nacht. Während der Nacht Eingang Dresdner Str.

Lit. Museum (Zeitungs- und Reading-Rooms, Cabinet de lecture), Centralhalle, im Salon des Badehauses.

Del Vecchio's Kunstausstellung (Kaufhalle), 10—4 u.

Dampf- und alle andere Bäder von früh bis Abends in

Kreisch's (früher Krüger's) Badeanstalt, Rosenthal 1.

Rotette (Thomasikirche), 1/2 Uhr.

Lehrbuch der Geometrie für Schulen und zum Selbstunterricht

von **Karl Snell.**
8. Geh.

Erster Theil: **Gradlinigte Planimetrie** von Karl Snell. Zweite Auflage. Mit 5 lithographirten Tafeln. 24 Ngr.

Dritter Theil: **Stereometrie** von Hermann Schäffer. Mit 16 lithographirten Tafeln. 1 Thlr.

Nachdem Karl Snell den Zweck, mit seinem „Lehrbuch der Geometrie“ den Lehrern der Mathematik ein Buch zu einem naturgemäßen, ansprechenden und echtwissenschaftlichen Lehrgang in die Hand zu geben und auf diese Weise zur Reform des mathematischen Unterrichts auf Schulen beizutragen, vollständig erreicht zu haben glaubte, hat er sich entschlossen, die gegenwärtige zweite Auflage desselben zu einem vollständigen Lehrbuch der Elementargeometrie umzugestalten, welches in 3 Theilen die Planimetrie, die Trigonometrie und die Stereometrie behandelt und namentlich auch als Schulbuch gebraucht werden kann. Der erste Theil über Gradlinigte Planimetrie und der dritte Theil über Stereometrie (von Hermann Schäffer) sind bereits erschienen; der zweite Theil, die Trigonometrie, wird bald folgen. Wie sich das Lehrbuch in seiner früheren Gestalt beim Unterricht, so möge es sich in der zweiten erweiterten Auflage beim Unterricht wie auch beim Selbststudium nützlich und fruchtbringend erweisen, und allen Schulanstalten bestens empfohlen sein.

Von Karl Snell erschien in demselben Verlage:

Einleitung in die Differential- und Integralrechnung. Zwei Theile. Mit 7 lithogr. Tafeln. 8. 3 Thlr. 26 Ngr. [509]

Im Verlage der Lutherstiftung in Leipzig sind erschienen (in Commission bei **Herm. Fritzsche** daselbst):

Sammlung lutherischer Schriften:

- 1te Sammlung.** Nr. 1-8. (Von der Freiheit eines Christenmenschen. — An die Rathsherrn aller deutschen Städte. — Ein Brief von den Schleichern und Winkelpredigern. — Ermahnung zum Frieden. — Wider die stürmenden Bauern. — Ein Sendbrief von dem harten und bösen Büchlein wider die Bauern. — Ob Kriegsknechte im seligen Stande sein können. — Warnung an die lieben Deutschen). à Nr. 2 Ngr. (Alle 8 Nummern in 1 Band broschirt 15 Ngr.).
- 2te Sammlung.** Evangelisches Trostbuch. Das 14., 15., 16. Capitel St. Johannis, gepredigt und ausgelegt durch Dr. Martin Luther. 15 Ngr.
- 3te Sammlung.** 18 Hefte: Die hohe Schule des Gebets. Auslegung des 17. Capitels St. Johannis. 6 Ngr. 26 Hefte: Die Bergpredigt des Herrn, Capitel 5, 6, 7 des Evangeliums Matthäi, erläutert von Dr. Luther. 12 1/2 Ngr. (Beide Hefte in 1 Band 15 Ngr.).
- 4te Sammlung.** 16 Hefte: Das Hausbuch der Politik. Dr. Luther's Auslegung des Propheten Habakuk. 5 Ngr. 26 Hefte: Dr. Luther's Büchlein von dem Kriege wider den Türken und Heerpredigt wider den Türken. 6 Ngr. (Beide Hefte in 1 Band broschirt 8 Ngr.).

In Partien von 5 Exemplaren kosten die 4 Sammlungen nur 6 Thlr. (bei Baar-Sendung).

- Die Augsburgerische Confession.** Mit Dr. Luther's Haupttafel. 2 Ngr. (25 Exemplare 1 Thlr. bei Baar-Sendung).
 - Dr. Luther's Kleiner Katechismus.** (Mit ausgezeichnet großer Schrift gedruckt). Nebst der Haupttafel. 2 Ngr. (25 Exemplare 1 Thlr. bei Baar-Sendung).
 - Dr. Luther's Großer Katechismus.** 6 Ngr. (12 Exemplare 1 1/2 Thlr. bei Baar-Sendung).
- Die Augsburgerische Confession und die beiden Katechismen werden, jedes einzeln sauber in Umschlag broschirt, zusammengekommen für 8 Ngr. erlassen; in Partien zu 6 Exemplaren für 1 Thlr. 10 Ngr.

Das **Central-Versorgungs-Institut für Deutschland** von **seel. Gebr. Haase Nefke in Berlin** (Neue Jacobsstraße Nr. 16), empfiehlt sich einem hohen Adel und geehrten Publicum beim Quartalswechsel zur Stellenbesetzung, resp. zum unentgeltlichen Nachweise qualifizirter Personen. Es werden nur solche Stellenjuchende empfohlen, welche den an sie zu machenden Ansprüchen gewachsen und mit zweifellos guten Zeugnissen versehen sind. Namentlich werden Disponenten, Buchhalter, Correspondenten, Handlungsreisende, Commis, Pharmaceuten, Wirtschaftsbeamte, Deconomen, Rechnungsführer, Brenneri-Inspectoren, Volontaire, Hauslehrer, Gouvernanten, Gesellschafterinnen, Bonnen, Directrices, sowie andere im Privatverhältniß stehende Personen, je nach ihrer Befähigung vorthelhaft zu placiren gesucht. Die Provision wird diesen mit nur 2 1/2 Procent vom ersten Jahreseinkommen berechnet. [501]

Die 4 1/2 % Kön. Sächs. Staats-Schulden-Cassen-Scheine sollen vom 1. März — 15. Juni d. J.

im Wege freiwilligen Umtausches gegen dergleichen à 4 % zu al pari, von da ab, und zwar in der zweiten Hälfte des Juni aber durch Auslosung eventuell durch Aufkündigung eingezogen werden.

Den Inhabern der 4 1/2 procentigen, welche die Offerte des Umtausches gegen 4 procentige annehmen, wird außerdem als eine Entschädigung baar gewährt:

- 3 % wenn sie den Umtausch vom 1. März — 20. April bewirken lassen; dagegen nur 2 1/2 % wenn sie den Umtausch vom 21. April — 20. Mai, und endlich nur 2 % wenn sie den Umtausch vom 21. Mai — 15. Juni erst bewirken lassen.

Die per 1. Juli d. J. fälligen Zinsen der 4 1/2 procent. werden gleichzeitig bei dem Umtausch baar mit vergütet.

Zur Besorgung des Umtausches, Erhebung der Entschädigung und der Zinsen, was meinerseits gänzlich kostenfrei geschieht, erkläre ich mich hiermit bereit.

Franz Kind in Leipzig,
Hôtel de Saxe.

[507-8]

Eine Sammlung Noten für Kammermusik, bestehend aus Quartetten und Quintetten von Haydn, Mozart, Beethoven, Onslow, Romberg, Ries etc., soll aus freier Hand, aber nicht im Einzelnen, gegen Baarzahlung verkauft werden, sowie auch einige gute Violinen und Violoncelle, und ist das Nähere durch die Musikalienhandlung von **F. Whistling** in Leipzig zu erfahren. [496]

Nur Beachtung für Brustleidende.

An einem schon sehr lange dauernden Brustleiden, verbunden mit starkem Husten, Auswurf, Beklemmung und Abmagerung, ohne Hoffnung darniederliegend, wurde ich von dem Herrn Dr. **Reimann**, Schützenstraße 30 zu Berlin, in kurzer Zeit vollkommen wieder hergestellt, und zwar bloß durch schriftliche Mittheilung, ohne daß mich derselbe je gesehen. Ich schreibe mich daher den vielen Danksgungen der durch seine neue Kurmethode der Brustkrankheiten Geretteten von Herzen an, und wünsche, daß noch Viele durch dessen Kunst gerettet werden mögen.

Eberstadt.
[504]

F. Hoppe,
Lehrer.

Eine Paraffin- und Solaröl-fabrik

in Thüringen, welche einen Nutzen von 30 Procent gewährt und im vollsten Gange ist, sucht entweder einen Associé mit circa 10-15000 Thln., oder ist für 28,000 Thlr. sofort zu verkaufen. Reflectirende wollen sich gefälligst an Herrn **A. Ketemeyer**, Central-Annoncen-Bureau in Berlin, wenden. [502-3]

Agentur-Gesuch.

Ein in Berlin wohnhafter, mit den dortigen Geschäftsverhältnissen vertrauter, von renommirten Häusern bestens empfohlener cautionsfähiger Agent wünscht noch einige Agenturen in gangbaren Artikeln anzunehmen. Auskunft hierüber ertheilt der Kaufmann **J. G. Schreiber** in Berlin, Schadowstraße Nr. 9. [500]

Auf ein adeliges Gut wird ein Inspector zur selbstständigen Wirtschaftsführung mit gutem Gehalt verlangt durch **Aug. Goetsch** in Berlin, alte Jacobsstraße 17. [213]

Meslogis in Leipzig!

Zwei in der innern Stadt in erster Etage gelegene Zimmer sind für die Dauer der Messen an Fremde als Wohnung zu vermieten, und theilt man auf Anmeldebogen **M. N. 333** poste restante Leipzig das Nähere mit. [505]

Anzeigen von Behörden, Corporationen, Geschäftsleuten und Privaten

für Thüringen, besonders die reußischen Fürstenthümer i. u. a. L., das Großherzogthum Weimar (Neustädter Kreis), die Herzogthümer Altenburg (Westkreis), Coburg, die thüringischen Fabrikdistricte von Pößneck bis Eisenach und das sächsische und bairische Voigtland

finden durch den von Dr. **Ed. Amthor** in Gera seit 5 Jahren herausgegebenen

Geraer Generalanzeiger für Thüringen, Voigtland und Franken,

der zugleich officiell Organ des land- und forstwirtschaftlichen Vereins des Fürstenthums Gera, des voigtländischen Alterthumsforschenden Vereins und des Geraer Stenographischen Vereins ist, sichere und wirksame Verbreitung.

Insertionspreis: 1 Gr. für die gespaltene Foliozeile. Bei Wiederholungen nicht behördlicher Inserate (2 bis über 6 Mal) 25-50 % Rabatt. [438]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Louis Herold in Zehnis mit Fräulein Franziska Köthe in Leipzig. — Hr. Heinrich Kippe in Wurzen mit Fräulein Marie Wende. — Hr. Friedrich Lehmann in Plauen mit Fräulein Bertha Ewe in Wangen.

Gestraft: Hr. Actuar Eduard Gule in Freiberg mit Fräulein Emma Mannfeld. — Hr. Samuel Höhle in Dresden mit Fräulein Auguste Winkler aus Eilenburg. — Hr. Heinrich Lippold in Schwarzenberg mit Fräulein Agnes Geißler aus Raschau. — Hr. Gottlieb Friedrich Möbius in Leipzig mit Fräulein Marie Christiane Trampier.

Geboren: Hr. Eduard Horn in Kalkwerk Herold ein Sohn. — Hr. Bacc. R. Stäger in Rochlitz ein Sohn. — Hr. Friedrich Gustav Steglich in Dresden ein Sohn.

Gestorben: Frau Henriette Dieroff, geb. Schmidt in Mühlstorf. — Frau Amalie verw. Lorenz, geb. Müller, in Leipzig. — Hr. pens. Lieutenant Florin v. Nagurczewsky in Leipzig. — Frau Sophie Silber verw. gew. Schumann, geb. Siegel, in Leipzig. — Hr. Lottericollector Johann Andreas Schulze in Leipzig. — Hr. Seilermeister Heinrich Christoph Wehe in Leipzig. — Frau Friederike Wöhlgenmuth, geb. Kühne, in Leipzig.

(Mit einer Beilage.)

Man glaubt i
anfang zu ru
füllen, aber a
was uns fest
mit „three gr
Der Vorschlag
cialconstabler
Alles müsse in
tagdemonstrat
Stimmung dur
„müsse vom M
Stimmung dur
Man glaubt i

Großbritannien.

London, 16. Febr. Kommen Sonntag, Nachmittags um 3 Uhr, wird sehr wahrscheinlich John Bull mit Frau und Kindern in Hyde Park gehen und — Revolution machen. In diese tragikomische Phase ist nämlich das Flüchtlingsgesetz gestern Abend gerückt worden. Wie angekündigt worden war, wurde ein großes Meeting in der Freimaurerhalle anberaumt, und riesige Placate forderten das Volk auf, sich daselbst einzufinden, „um gegen die Beeinträchtigung englischer Freiheiten auf Befehl einer fremden Macht zu protestiren“. Die große Halle war von Menschenmassen überflutet, und die doppelte Anzahl mußte umkehren, weil sie keinen Platz mehr fand. Es waren über 4000 Personen versammelt, und ich habe selten einem Meeting beigewohnt, das so aufgeregter war und mit so enthusiastischen Aclamationen seine Redner begleitete. Diese gehörten größtentheils der avancirten liberalen Partei an, welche im Unterhause gegen die Verschönerungsbill stimmte. Die eingeladenen Parlamentsmitglieder konnten wegen der auf die Meise gehenden Debatte über die Abschaffung der Ostindischen Compagnie dem Meeting nicht beiwohnen, und es wurden Briefe von Bright, General de Lacy Evans, Fox, Scholesfield, Gilpin, White, Richard Cobden u. A. vorgelesen, welche der wichtigen Tendenz des Meetings ihre volle Zustimmung geben. Die Reden dauerten nicht weniger als fünf Stunden, und ich kann nur summarisch den Inhalt andeuten. Alle Redner verwahrten sich entschieden gegen jede Sympathie mit politischem Mord als unenglisch und widerstrebend allen Gefühlen; sie protestirten gegen die Drohungen der französischen Armeeadressen und ließen die Entschuldigung eines „Missverständnisses“ von Seiten der Lullierireddaction des Moniteur nicht gelten. Das neue Gesetz sei ein Attentat gegen die englische Redefreiheit, die Einführung eines neuen Polizeisystems, dem sich das Volk Englands nicht unterwerfen könne. Der erste Beschluß des Meetings lautete: „daß jede Veränderung der Gesetze Englands unter dem drohenden Befehl einer fremden Macht darauf berechnet ist, den nationalen Charakter und die Unabhängigkeit zu gefährden.“ Zur Unterstützung wurde gesagt, daß die Gesetze Englands genügend gegen Verschwörungen für Mord wären. Bisher hätten sie diese als Vergehen behandelt, und der Angeklagte erhielt eine Vorladung und mußte auf freiem Fuße untersucht werden. (Beifall.) Wenn das Gesetz in Kraft trete, könne jeder Engländer aus dem Bette geholt, seine Papiere confiscirt, er selbst in Ketten geworfen werden, und das alles auf die Denunciation irgendeines fremden Spions hin. („Schande!“) Daß jedes Engländer's Haus seine Burg sei, würde zur Lüge werden, sobald das Gesetz in Kraft trete. England werde in den Augen aller continentalen Völker entwürdigt. Verliere England seine constitutionellen Bürgschaften, so sei es auch um Belgien, die Schweiz und Sardinien geschehen. Der zweite Beschluß lautete: „daß für dieses Gesetz und andere Thaten, sowol nach innen als nach außen, das Meeting Lord Palmerston und seine Kollegen als unwürdig des Vertrauens des Landes erklärt.“ Jene Redner, welche diese Resolution unterstützten, sagten, daß es sich nicht um die Regierung Ludwig Napoleon's, sondern um die englische handle, nicht um Flüchtlinge, sondern um Engländer. (Beifall.) Die Freiheiten, welche Englands Vorfäter ihren Enkeln übergeben, ständen in Gefahr, von den verbündeten Ministern an auswärtige Mächte überliefert zu werden. („Nein, nein!“) Lord Palmerston habe, seit er an der Spitze des Ministeriums stehe, Englands auswärtige Politik gedemüthigt. (Beifall.) Im Kriege mit Rußland, in der Neuenburger Angelegenheit, in der Donaufürstenthümerfrage, in Spanien und in seiner Ergebenheit gegen Frankreich habe er die Interessen der liberalen Partei Englands aufs Spiel gesetzt. Polen, Ungarn, Italien und Schleswig-Holstein gegenüber habe er mit den Interessen und der Ehre der Völker gespielt. (Beifall.) Soeben verlege er das Asylrecht mit der Verhaftung Dr. Bernard's. Weshalb noch mehr Gesetze, wenn das am lichten Tage geschehen könne? (Beifall.) Lord J. Russell habe sich in seiner letzten Rede als wahrhafter englischer Staatsmann gezeigt (Beifall); unter seiner Regierung würden Rossuth, Mazzini, Ledru-Rollin nicht zu fürchten brauchen, die Gastfreundschaft des englischen Volks zu verlieren. (Stürmischer Beifall.) Der dritte Beschluß lautete: „daß dieses Meeting die Bevölkerung Großbritanniens auffordert, alle legalen und constitutionellen Mittel in Anwendung zu bringen, um dem sogenannten Verschönerungs- und Mordgesetz, das eine Gefahr für die Freiheiten Englands ist, zu widerstehen.“ Diese Resolution war ein erster Aufruf zur praktischen Folge des Meetings. Es wurde auf die Nothwendigkeit gedeutet, nicht bloß Worte zu machen, sondern zu „handeln“. (Stürmischer Beifall.) Der Gesetzworschlag „müsse vom Ministerium zurückgezogen werden“. Das Volk Londons müsse seine Stimmung durch eine imponirende Haltung beweisen. (Beifall.) Eine „Sonntagdemonstration“ würde im Hyde Park stattfinden. (Stürmischer Beifall.) Alles müsse in Ordnung ablaufen (hört, hört!), jedermann müsse als Specialconstabler für die Erhaltung der Ruhe erscheinen. (Stürmischer Beifall.) Der Vorschlag wurde einmüthig angenommen. Das Meeting trennte sich mit „three groans“ für Lord Palmerston. So wird es denn kommen, was uns Festländern allerdings schnurrig erscheint, daß die aufgeregten Massen das Gebot des Herrn: „Sechs Tage sollst du arbeiten“, genau erfüllen, aber am siebenten Tage die andere Hälfte des Gebots vergessen und, anstatt zu ruhen, mit ihren Behörden in Conflict zu gerathen wünschen. Man glaubt indessen nicht, daß die Demonstration von der Polizei behin-

dert wird, fürchtet aber für das Hotel des französischen Gesandten, das dem Hyde Park gerade gegenüber liegt. Sollte die Demonstration einen ernsten Charakter annehmen, was bei dem hiesigen Mob nicht unwahrscheinlich ist, so wird sich wol das Ministerium gezwungen sehen, das Gesetz zurückzuziehen. — Für morgen ist wieder eine große Volksversammlung in Kennington (Londoner Bezirk) angesetzt. Die Straßenplacate verkündigen an der Spitze: „Keine französische Einmischung in englische Freiheiten!“ und laden alle ein, „welchen die Ehre Englands und das Asylrecht von Werth ist“. Die Parlamentsmitglieder W. Williams und W. Roupell, welche die Vertreter von Kennington sind, stehen mit andern einflussreichen Namen an der Spitze dieser Agitation. — Die Chartistenconferenz, welche bekanntlich eine Union mit der Mittelklasse zu Stande brachte, hat ein „Executivecomité“ niedergesetzt, welchem die Leitung der „Sonntagdemonstrationen“ übertragen ist, und das in fortwährendem Verkehr mit den radicalen Mitgliedern des Unterhauses steht. Wie wir vernehmen, beabsichtigen die vereinigten Elemente, Petitionen für die Parlamentsreform zur Unterschrift im Lande zu verbreiten und diese dann ebenfalls mittels einer „Straßendemonstration“ dem Parlament zu überreichen. An Stoff zur Aufregung der Gemüther fehlt es hier nicht; aber bei dem ruhigen und geschnitzten Geiste der Bevölkerung ist an eine ernstere Folge solcher Unruhnehmungen nicht zu denken. Es ist nur zu wohl bekannt, daß 20 Constabler hinreichen, 10,000 Mann der Volksklasse in die Flucht zu jagen. Selbstverständlich sind es nicht die hölzernen Stäbe der Constabler, sondern die Achtung vor den Repräsentanten des Gesetzes, welche dies zu bewirken im Stande ist. — Die Examination des Dr. Bernard vor dem Polizeigericht in Bowstreet und die allerdings sehr oberflächliche Anklage, welche seine Gast auf andere acht Tage festsetzt, hat in hiesigen Flüchtlingskreisen einen düstern Eindruck hervorgerufen. Wie man heute erzählt, haben Ledru-Rollin, Louis Blanc, Savoie und der Sohn Victor-Hugo's es rathsam gefunden, nicht in ihren Wohnungen zu erscheinen, mit andern Worten, sich im Exil zu erklären. Die Besorgniß französischer Flüchtlinge soll soweit gehen, daß sie Auslieferungen befürchten; daß diese Besorgniß zu weit geht, beweist die Untersuchung gegen Dr. Bernard. Man zweifelt in französischen Circeln nicht an der Mitschuld Bernard's an dem Attentat vom 14. Jan. Er selbst erklärte in hiesigen Journalen, daß die hiesigen Behörden nichts von Wichtigkeit im Hause Drini's gefunden haben, weil er (Dr. Bernard) von Drini beauftragt war, während dessen Abwesenheit alle Briefe zu empfangen, und daß er sie — verbrannt habe. Die dem Dr. Bernard günstigen Stimmen gestehen selbst, daß diese Veröffentlichung neben allem andern eine Dummheit war. Eine andere war die Drohung bei Gelegenheit seiner Verhaftung, daß er jeden französischen Polizeigenossen niedergeschossen hätte, der ihn zu verhaften gekommen wäre. Endlich spricht sehr gegen Bernard, daß er „Revolver nach Paris“ sendete. Mit diesen Geschenken, meint man, unterhält man nicht die Freundschaft zwischen einem Flüchtling und der englischen Regierung. Indessen läßt sich nicht leugnen, daß diese Affaire im englischen Publikum einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, und die Times hat heute nicht Unrecht, wenn sie sagt, daß sich „ein Schrei gegen die Behörden erheben werde“, weil man den Drohungen Frankreichs nachgegeben habe. Das ist jedenfalls die Stimmung in englischen Kreisen.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Febr. Es unterliegt wol keinem Zweifel, daß die Regierung den Bundesbeschluß vom 11. Febr. dazu benutzen wird, um ihre Geneigtheit, die Gesamtstaatsverfassung vom 2. Oct. 1855 hinsichtlich Holsteins und Lauenburgs vorläufig außer Kraft treten zu lassen, zu documentiren. Fädrelandet und Dagbladet haben sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen, und zwar scheint Fädrelandet, das noch immer die Hoffnung auf eine Verwirklichung seiner Idee eines „Eiderstaats“ nicht aufgegeben hat, zu glauben, daß nunmehr die Zeit gekommen sei, auf die Verwirklichung dieser Idee hinzuwirken, weshalb es denn auch seinerseits die Aussonderung Holsteins und Lauenburgs aus dem Gesamtstaat als den ersten Schritt auf dieser Bahn sehr gern sehen würde. Flyveposten dagegen, bekanntlich das Organ der gesamtstaatlichen Partei, protestirt heute in einem Leitartikel gegen die Zulässigkeit einer Aussonderung Holsteins und Lauenburgs aus dem Gesamtstaate, weil eine solche Maßregel dem Begriffe „Gesamtstaat“ widerspreche und gleichbedeutend mit der gänzlichen Aufhebung desselben, d. h. eine Vernichtung der Monarchie sein würde. Unter Gesamtstaat verstehe man die staatsrechtliche Einheit, welche Dänemark und Schleswig zusammen mit Holstein und Lauenburg ausmachen; von dieser Einheit könne nicht eine Abtheilung „ausgesondert werden“, ohne daß alsdann die Einheit überhaupt zu bestehen aufhöre, ebenso wenig wie man einen Mann oder eine Frau „aussondere“ und zugleich die Ehe weiter fortbestehen lassen könne. Wenn Fädrelandet von einer großen nationalen Partei, bestehend aus Bureaukraten, Ministeriellen, Demokraten und Skandinavenern spreche, die bereit sei, die Regierung in dem Bestreben, diese Aussonderung zu Stande zu bringen, zu unterstützen, so müsse zunächst die Existenz einer solchen großen und vorwiegenden Partei durchaus bestritten werden. In dem ganzen Artikel von Fädrelandet finde sich überhaupt nur eine einzige Wahrheit, die Audeutung nämlich, daß das Ministerium we-

der so „wirksame Sympathien“, noch so „unbedingte Zusagen eines Vorgesetzten“ wie vor ungefähr zwei Jahren habe. Man müsse sogar annehmen, daß es deren schlechterdings gar keine habe. Auch in einem vor einigen Tagen von Glyveposten veröffentlichten Schreiben aus Hamburg, das aus der Feder eines einer diplomatischen Person nahe stehenden Mannes geflossen zu sein scheint, finden sich ähnliche Aeußerungen über die Stellung des Ministeriums zu den europäischen Mächten. „Wenn auch der Conseilpräsident“, heißt es in diesem Schreiben, „im Reichsrathe erklärt hat, daß Dänemark in diesem Augenblicke nicht isolirt stehe, so kann ich doch, wie sehr ich es auch des Landes wie des Conseilpräsidenten wegen bedauere, nicht leugnen, und es wird sich nicht lange mehr verhehlen lassen, daß die Situation gleichwol diesen bösen Charakter hat. Rußland, Frankreich und England werden das dänische Ministerium seinen eigenen Weg gehen lassen; das scheint nicht bloß aus verschiedenen Indicien klar hervorzugehen, sondern wird auch bei uns mit Bestimmtheit als diplomatische Begebenheit genannt.“ Der Briefschreiber, ein Däne, der sonst ein sehr lebhaftes Nationalgefühl an den Tag legt, mahnt Dänemark dringend zu einem Einlenken und zu einer gütlichen Ausgleichung, und unterläßt dabei nicht, hervorzuheben, daß Worte dazu nicht ausreichend befunden werden dürften, daß man Deutschland deshalb Sicherheit bieten müsse. „Der gegenwärtige ernste Conflict zwischen Dänemark und Deutschland“, sagt er, „ist im Laufe der letzten drei Jahre allmählich zur Reife gelangt, und es wird nunmehr etwas geschehen; darauf muß man sich gefaßt halten in Dänemark. Bei dem Ueber-

gange von 1851 auf 1852 erstehenen „moralische Garantien“ als ausreißend; aber mehr und mehr hat sich in Jahren, zuletzt in Monaten gezeigt, daß etwas Anderes, etwas Objectiveres verlangt wird. Daß dies gesunden werden muß, ist eine strenge Nothwendigkeit. Der Schleier, der manches verhüllt hat, ist zerrissen, und man verlangt, soll man sich neuerdings beruhigen, desto stärkere Sicherheit. Das Vertrauen muß wieder erweckt werden; aber das kann nur durch Handlungen, nicht durch bloße Argumente, durch Garantien, nicht durch bloße Zusagen geschehen. Das Vertrauen allein kann Dänemark wieder festen Fuß verschaffen; aber diese Stellung ist ohne Ansehen und ohne Unabhängigkeit nach außen, ohne Frieden und Zusammenwirken im Innern nicht zu erlangen.“

Personalmeldungen.

Ordensverleihungen. Preußen. Rother Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub: der Kammerherr und Schloßhauptmann von Koblenz Graf v. Bock-Waldeck; 3. Kl. mit der Schleife: der Kammerherr und Hofmarschall des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen v. Heinz und der Geh. Sanitätsrath und Leibarzt der Prinzen Friedrich und Georg von Preußen Dr. Koner zu Berlin; 3. Kl.: der Correspondenzsecretär der Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen Frhr. v. Stockmar; 4. Kl.: der Geh. expedirende Secretär Albert bei der Gesandtschaft zu London und der Poststaatssecretär des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen Rath. Hohenzollernscher Hausorden, Kreuz der Ritter: der Geh. Rechnungsath und Dirigent der Controle der Staatspapiere Klemm zu Berlin und der Legationsrath Graf v. Brandenburg bei der Gesandtschaft zu London.

Handel und Industrie.

Unterm 15. Febr. bringt die Administration der ersten k. k. privilegierten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft folgende zwei Actenstücke zur öffentlichen Kenntniß: „1) Das Uebereinkommen zwischen der hohen Staatsverwaltung und der k. k. privilegierten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, betreffend das Aufheben des Schutzes gegen fremde Concurrenz in Befahrung der österreichischen Donau und deren Nebenflüsse mit Dampfschiffen, infolge des Pariser Vertrags; 2) einen hierauf bezüglichen Erlaß Sr. Exc. des Herrn Handelsministers vdo. 1. Febr. 1858, wonach die laut obigem Uebereinkommen von der hohen Staatsverwaltung der Gesellschaft gewährleistete Garantie eines jährlichen Reinertrages von 8 Proc. oder 1,920,000 Fl. vom 1. Jan. d. J. an in Wirksamkeit tritt.“

Das Uebereinkommen lautet: „Kraft allerhöchster Entschliessung vom 13. Mai 1857 wird zwischen Sr. Exc. dem Herrn Handelsminister, im Namen der k. k. österreichischen Staatsverwaltung, und der privilegierten ersten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft folgendes Uebereinkommen abgeschlossen: §. 1. Der, der privilegierten ersten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft mit der allerhöchsten Entschliessung vom 16. Aug. 1846 gewährte Schutz gegen fremde Concurrenz in Befahrung der österreichischen Donau mit Dampfschiffen, hat, vorbehaltlich der nachträglichen Bestimmung des diesfälligen Zeitpunkts durch die Staatsverwaltung, wegzufallen. §. 2. Als Ersatz für diesen Wegfall wird der Gesellschaft von diesem Zeitpunkt an, bis zum Schlusse des Jahres 1880, die Garantie eines Reinertrages von 1,920,000 Fl. aus dem Staatsfiscus unter den nachfolgenden Bedingungen und Modalitäten gewährt. §. 3. Bei Berechnung des Reinertrages dürfen die Verwaltungs-, Erhaltungs- und Betriebskosten, die mit behördlicher Genehmigung festgesetzten Beiträge zum Assuranzfonds und Abschreibungen vom Werthe des Materialvermögens, dann die Zinsen der auf die zwei älteren Anleihen noch schuldigen 2,450,000 Fl. zu 5 Proc. und die Zinsen der neu aufzunehmenden Anleihe von 6 Mill. Fl. zu 5 1/2 Proc., insofern sie in dem Betriebsjahre zur wirklichen Auszahlung gekommen sind, als Passiven in Abrechnung gebracht werden. Bei Ausmittelung des Ertrages während der Garantieperiode darf insbesondere rückfällige der Abschreibungen auf keine dem Ertragsresultate ungünstigere Weise vorgegangen werden, als dormalen vorgeschrieben ist. §. 4. Die Gesellschaft bleibt fortan verpflichtet, die statutenmäßig zu berechnenden Beiträge zum Reservefonds zu leisten, und dieser mit Ausschluß jeder anderweitigen Verwendung während der Garantieperiode fortwährend dazu bestimmt, die in einem Jahre eintretenden allfälligen Ertragsabgänge mit Einschluß der auf die Actien entfallenden Dividenden (Actienzinsen) bis zur Höhe von 5 Proc. auszugleichen. §. 5. Die Staatsverwaltung wird die nach Maßgabe des Vorherbestimmten, auf Grundlage unzureichender Ertragsresultate entfallende Garantiequote binnen drei Monaten nach der Rechnungslegung als einen mit 4 Proc. zu verzinsenden Vorschuss an die Gesellschaft leisten, sobald aber in nachfolgenden Jahren der Reinertrag der Gesellschaft die gewährleistete Höhe von 1,920,000 Fl. übersteigt, bleibt jeder Ueberschuss zur Rückzahlung des Vorschusses und der Zinsen bis zu dessen gänzlicher Tilgung vorzugsweise vor jeder andern Verwendung bestimmt. §. 6. Wenn mit Schluß des Jahres 1880 die Gesellschaft infolge der geleisteten Gewähr einen Betrag an den Staat schulden sollte, so hat dieselbe nur insofern eine weitere Rückzahlung nach den dann zu vereinbarenden Modalitäten zu leisten, als die Gesamtsumme des Ertrages an Actienzinsen und Superdividenden während der Garantieperiode den Gesamtbetrag des garantierten Minimums übersteigen hätte, jedoch nur bis zur Höhe des von den Actionären bezogenen Ueberschusses. Der zu jenem Zeitpunkte vorhandene Reservefonds wird vor allem zur Tilgung des schuldigen Betrags verwendet werden. §. 7. Im Falle die Gesellschaft sich vor dem Jahre 1880 auflösen sollte, ehe sie einen an den Staat schulenden Vorschuss und dessen Zinsen gänzlich zurückgezahlt hätte, so haften die Realitäten und Betriebsmittel der Gesellschaft dem Staate vorzugsweise vor jeder andern Verwendung für die gänzliche Abtragung. §. 8. Im Uebrigen bleiben die Bedingungen der allerhöchsten kaiserlichen Entschliessung vom 16. Aug. 1846 unverändert. §. 9. Das mit dem allerhöchsten Armeeobercommando am 15. April 1853 abgeschlossene Uebereinkommen wird in seinem ersten Theile, betreffend die Beistellung von Schiffen für die k. k. Flotte, aufgehoben; der zweite Theil wegen Befahrung von Truppen und Kriegsbedürfnissen durch die Schiffe der Gesellschaft bleibt aufrecht. §. 10. Der Gesellschaft wird gestattet, die Summe von 6 Mill. Fl., deren Aufnahme in der Generalversammlung vom Jahre 1855 beschlossen wurde, mittels einer Lotterianleihe aufzubringen, in der Art, wie der Plan hierzu von der Gesellschaft in ihrer letzten Eingabe an die Ministerien dargelegt wurde. §. 11. Auch wird der Gesellschaft die Aufnahme von weiteren Anleihen nach Maßgabe der fortschreitenden Tilgung der vorerwähnten drei Anleihen von zusammen 8,450,000 Fl. bewilligt, sodas sie die Anleihe Schuld immer auf dieser Summe erhalten kann. In solchem Fall dürfen die Zinsen dieser Summe stets als Auslagen von den Jahreseinnahmen in Abrechnung gebracht werden, jedoch die nach dem ersten Abschlag entfallende Höhe der Zinsen in ihrer Gesamtheit nicht überschreiten. §. 12. Dagegen ist die Gesellschaft verpflichtet, ihren Fundus instructus auf dem jetzigen Stande mit Einschluß der bereits in Bestellung befindlichen Betriebsmittel

zu erhalten. §. 13. Die Gewährleistung des Staats tritt mit dem Anfange des Solarjahres in Wirksamkeit, in welchem der Schutz gegen fremde Concurrenz aufhört. §. 14. Es steht der Gesellschaft jederzeit frei, von diesem Uebereinkommen zurückzutreten, und mit Berzichtsleistung auf jede Ertragsgarantie von Seiten des Staats, die volle Freiheit der Bewegung zu erlangen, insofern diese nicht durch die allgemeinen Gesetze eine Beschränkung findet. In diesem Falle werden auch etwaige Militärverträge erlöschen. §. 15. Da die vorhergehenden Bestimmungen die wirklich stattgefundene Emission von 24 Mill. Fl. voraussetzen, so sind, falls die Garantie des Staats noch im Verlaufe des Jahres 1857 ins Leben treten sollte, die 5 Proc. Zinsen der neunten und zehnten Rate der 13. Actienemission, insofern die Actionäre zu deren Bezug nicht berechtigt sind, selbstverständlich von dem Garantiebetrag in Abrechnung zu bringen. Vorstehendes Uebereinkommen wurde in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt und am heutigen Tage von Sr. Exc. dem Herrn Handelsminister und den Vertretern der Gesellschaft unterzeichnet. Wien, 23. Mai 1857. Loggenburg m. p., k. k. Handelsminister. Moriz v. Bodianer m. p., Administrator der k. k. privilegierten ersten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft. J. B. v. Benvenuti m. p., Ausschusmitglied der k. k. privilegierten ersten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft. Dr. Joseph Neumann m. p., Obmann des Comité der k. k. privilegierten ersten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft.“

Der Erlaß lautet: „Nachdem die zwischen den Uferstaaten der Donau am 7. Nov. v. J. abgeschlossene Donaudampfschiffahrtsacte, durch welche die Aufhebung aller ausschließlichen Privilegien zur Schiffahrt auf der Donau ausgesprochen wird, bereits in Rechtskraft erwachsen ist, so wird der Administration der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft hiermit bekannt gemacht, daß der in §. 1 des Uebereinkommens vom 20. Mai 1857 vorausgesetzte Zeitpunkt eingetreten ist, wonach die besondere Schutzberechtigung in der Befahrung der österreichischen Donau mit Dampfschiffen, welche die Gesellschaft zufolge allerhöchster Entschliessung vom 16. Aug. 1846 bisher genossen hat, vom 1. Jan. 1858 angefangen, als aufgehoben, und deshalb die durch §. 2 der erwähnten Uebereinkunft der Gesellschaft zugesicherte Garantie vom Anfange dieses Solarjahres an, als wirksam zu betrachten ist. Wien, 1. Febr. 1858. Loggenburg m. p.“

Paris, 15. Febr. Mein diesmaliger Wochenbericht muß füglicherweise mit dem Monatsausweise der Bank beginnen, welcher diesmal eine ganz besondere Beachtung verdient. Das Portefeuille der Bank hat im Monat Januar um nicht weniger als 72 Mill. Fr. abgenommen! Dasselbe betrug im August v. J. 601 Millionen, im October 608 Millionen, 544 Millionen im December und 472 Millionen im Januar! Bieht man von letzterer Summe noch denjenigen Theil der Effecten ab, welche nur Prolongationen und nicht Resultate neuer Handelsoperationen sind, so hat man eine Idee von dem völligen Stillstande aller Geschäfte. Unter diesen Umständen ist es gewiß glücklich für die Bank, daß sie sich contractlich dazu verstanden hat, der Eisenbahngesellschaft die zu den Bauten notwendigen Capitalien darzuleihen. Die Vorschüsse auf Eisenbahnactien haben sich im vergangenen Monat auf 62 Millionen belaufen, d. i. um 13 Millionen mehr gegen den vorhergehenden Monat. Dagegen ist die Summe der auf andere Effecten bewilligten Darlehen stationär geblieben, nämlich 31 Millionen. Der Baarbestand hat sich um 31 Millionen vermehrt, und die Bank hat im vergangenen Monat, zum ersten male seit langer Zeit, nicht einen Centime Agio für Ankauf von edeln Metallen gezahlt. Hier bestätigt sich vollständig die alte Lehre von der goldenen Mitte. Leere Keller und übermäßig dickes Portefeuille taugen nicht mehr als ein gefüllter Keller und ein dünnes Portefeuille. Die Börse hat in vergangener Woche sich wesentlich von den politischen Ereignissen fortzuziehen lassen. Die innern Zustände, sowie sie durch das Attentat geschaffen worden, und die Furcht vor Conflicten mit England wegen der Flüchtlingsfrage hatten eine allgemeinere Lähmung des Geschäfts zur Folge; erst am 11. Febr., nach Empfang der Nachricht von der Herabsetzung des Bankdisconto in London, stellten sich Käufer ein, da man nicht zweifelte, daß die hiesige Bank dem Beispiele alsbald folgen würde, wie dies auch seitdem geschehen ist. Diese Erscheinung im Börsenleben erklärt sich bekanntlich dadurch, daß der Capitalist, je weniger Gewinn ihm das Discontogeschäft verspricht, um so geneigter ist, sein Geld in Renten oder Actien anzulegen. Die 3 Proc. Rente, welche zu Beginn der Woche die Grenze auf 69. 50 nicht überschreiten wollte, stieg zuletzt auf 70. 5 und schloß am 13. Febr. mit 69. 80. Bankactien schlossen mit 3030; dieses Papier ist im Augenblicke nicht sehr gesucht, einmal weil man glaubt, daß die bevorstehende halbjährige Dividendenzahlung schwach ausfallen werde, sodann aber auch infolge Zwangsverkaufs neuer Actien, welche nicht innerhalb der gesetzlichen Frist abgenommen worden waren. Credit mobilier schloß mit 950; die Börsenwelt ist mißtrauisch gegen dieses Institut geworden, seitdem rings umher analoge Institute in Auflösung gerathen sind. Ich erwähne namentlich den Credit Provt, der völligen Schiffbruch erlitten hat. In Actien war das Geschäft sehr flau aus dem bekannten Grunde, nämlich weil die Einnahmen der meisten Linien fortwährend schwach sind. Nordbahnactien waren am meisten begehrt, weil diese Linie durch das Zufrieren der skandinavischen Kanäle einen unerwarteten Einnahmezunahme erhalten hat.